



Nr. 151 | 25.02.2022

Zentralasien-Analysen

- Kasachstans Weg der Denuklearisierung
- Januar-Unruhen in Kasachstan
- Parlamentswahl in Kirgistan

■ ANALYSE	
Kasachstans langer Weg zur atomaren Abrüstung und nuklearen Nichtverbreitung	2
Von Togzhan Kassenova (State University of New York at Albany (SUNY) / Carnegie Endowment for International Peace, Washington D.C.)	
■ ANALYSE	
Kunst und Protest in Kasachstan	6
Von Nina Frieß (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, ZOiS, Berlin)	
■ KARTE	
Die Unruhen in Kasachstan 2022	9
■ UMFRAGEN	
Umfragen zur wirtschaftlichen Lage und politischen Stimmung in Kasachstan vor den Januar-Unruhen	10
■ KOMMENTAR	
Das Jahr der Regimekonsolidierung in Kirgistan	14
Von Shairbek Dzhuraev (Crossroads Central Asia, Bischkek)	
■ DOKUMENTATION	
Endergebnis der Parlamentswahl in Kirgistan vom 28. November 2021	15
■ CHRONIK	
09. Dezember 2021 – 05. Februar 2022	18
Kasachstan	18
Kirgistan	24
Tadschikistan	27
Turkmenistan	30
Usbekistan	33

Kasachstans langer Weg zur atomaren Abrüstung und nuklearen Nichtverbreitung

Von Togzhan Kassenova (State University of New York at Albany (SUNY) / Carnegie Endowment for International Peace, Washington D.C.)

DOI: 10.31205/ZA.151.01

Zusammenfassung

Der Osten Kasachstans wurde Mitte der 1940er Jahre zum Zentrum des sowjetischen Atombombenprojektes, in Semipalatinsk entstand das größte Kernwaffentestgelände der Sowjetunion. Zwischen 1949 und 1989 wurden ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung in Semipalatinsk Hunderte Kernwaffentests durchgeführt, deren verheerende Folgen für Mensch und Umwelt von der sowjetischen Führung jahrzehntlang verschwiegen wurden. Während der Öffnung unter Gorbatschow ist in der späten Sowjetrepublik Kasachstan eine internationale Anti-Atom-Bewegung entstanden, die entscheidende Impulse für den Weg der Denuklearisierung setzen konnte, den Kasachstan nach der Unabhängigkeit eingeschlagen hat. Nach dem Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag 1993 ist Kasachstan seit 1995 atomwaffenfrei und hat die Bemühungen um eine Welt ohne Kernwaffen seitdem zu einem Eckpfeiler der Außenpolitik gemacht. Mehrgenerationale gesundheitliche Folgen und anhaltende Traumata manifestieren das atomare Erbe Kasachstans, das bis heute die Debatten über mögliche Formen der zivilen Nutzung von Kernenergie prägt.

Sowjetische Kernwaffentests in Kasachstan

Kasachstans nukleare Geschichte beginnt im Jahr 1947, als Stalin den Osten der damaligen Sowjetrepublik als Testgebiet für das sowjetische Kernwaffenprogramm auswählte. Die sowjetische Regierung steckte ihre ganze Kraft in die Schaffung des Kernwaffentestgeländes Semipalatinsk. Zwei Jahre lang mussten Tausende Soldat:innen, Bauarbeiter:innen und Gefangene für den Bau des Testgeländes schuften. Nach der Fertigstellung übernahm das Militär ein Gebiet von der Größe Belgiens für seine nuklearen Experimente.

Das Testgelände war ein Meisterwerk der Ingenieurskunst. Auf und unter der Erde wurde eine komplexe Infrastruktur errichtet, mit speziellen Gebäuden, in denen Hunderte Messinstrumente und andere Gerätschaften untergebracht waren. Über Kilometer hinweg war der Boden des Geländes von elektrischen Kabeln durchzogen. Ab 1963 legte das Militär außerdem Dutzende Tunnel an und führte Bohrungen durch, um unterirdische Atomexplosionen durchführen zu können. Zusätzlich zu den Kernwaffentests experimentierte das Militär auch mit radiologischem Material.

Am 29. August 1949 führte das sowjetische Militär seinen ersten Kernwaffentest durch, womit ein dunkles, 40 Jahre andauerndes Kapitel militärischer Nuklearversuche begann. Mehr als 450 Atomtests zerstörten die Gesundheit Zehntausender Menschen, die in den umliegenden Ortschaften lebten. Schon in den 1950er-Jahren wurden die unbestreitbaren Folgen ionisierender Strahlung bekannt. Trotzdem liefen die Versuche weiter. Die Atmosphäre der Geheimhaltung, der Mangel an wahrheitsgemäßen Informationen, die Priorisierung

nationaler Sicherheitsinteressen zulasten der öffentlichen Gesundheit und die Kontrolle des Militärs über das Narrativ, das um das Testprogramm gesponnen wurde, führten dazu, dass die lokale Bevölkerung über Jahrzehnte hinweg keine Möglichkeit besaß, über ihr eigenes Schicksal mitzuentcheiden.

Das Militär hatte kein Interesse am Schutz der lokalen Bevölkerung, sondern war vielmehr daran interessiert, die Auswirkungen der Strahlung auf den menschlichen Körper zu untersuchen und so wertvolle Daten für militärische Planungen zu gewinnen. Alle Untersuchungen, die von Expert:innen des militärisch-industriellen Establishments der Sowjetunion durchgeführt wurden, blieben unter Verschluss. Weder lokale Führungspersonen noch die örtlichen Gesundheitsdienste erfuhren von den Ergebnissen. Stattdessen wurde es den lokalen Ärzt:innen sogar verboten, Krebserkrankungen oder andere Krankheiten zu diagnostizieren, die auf die schädliche Wirkung der Strahlung zurückgeführt werden konnten.

Die einzige von Kasachstan selbst geleitete medizinische Expedition zu den Dörfern in der Umgebung des Testgeländes dauerte nur drei Jahre (1957–1960). Mediziner:innen des kasachstanischen Instituts für Radiologische Pathologie dokumentierten die schweren Krankheiten, unter denen die Menschen vor Ort litten. Neurologische Erkrankungen verursachten Müdigkeit, Kopfschmerzen und Schwindel. Manche Menschen verloren ihren Schluckreflex, den Schutzmechanismus des Körpers gegen das Ersticken, und bei den Bewohner:innen der kontaminierten Siedlungen wurden Beeinträchtigungen der Blutzirkulation im Gehirn festgestellt. Menschen, die lange Zeit hohen Mengen an Radioak-

tivität ausgesetzt waren, erlebten Veränderungen ihrer Schmerzempfindungsschwelle, ihres Geschmacks- und Geruchssinns, sowie Veränderungen in Nase, Hals und Ohren. Frauen litten unter Störungen des Menstruationszyklus, Genitalpathologien und anderen gynäkologischen Problemen. Das sowjetische Militär sorgte dafür, dass die kasachstanische Expedition ihre Arbeit einstellen musste.

Im Jahr 1963 einigten sich die Atommächte – die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und das Vereinigte Königreich – darauf, Kernwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser zu verbieten. In Kasachstan wurden die Kernwaffentests nun unter der Erde fortgeführt. Unterirdisch durchgeführte Tests waren zwar weniger schädlich als in der Atmosphäre durchgeführte Versuche, sie waren jedoch keinesfalls harmlos. Radioaktive Partikel drangen in die Erde und das Grundwasser ein und radioaktives Gas, das als Abfallprodukt der Nuklearversuche entstand, konnte stellenweise über Risse im Erdboden austreten.

Die Entstehung einer kernwaffenkritischen Öffentlichkeit

Die sowjetischen Atomtests sollten erst in den späten 1980er Jahren vollständig zum Erliegen kommen. Grund dafür war das zufällige Zusammentreffen verschiedener Entwicklungen inner- und außerhalb der Sowjetunion. Zum einen konnten die negativen Auswirkungen von Kernwaffentests auf Mensch und Umwelt international nicht länger ignoriert werden, weder von den Atommächten selbst noch vom Rest der Weltbevölkerung. Zum anderen kam in der Sowjetunion der reformorientierte Michail Gorbatschow an die Macht. Für die Entwicklungen in Kasachstan war dies aus zwei Gründen eine wichtige Fügung: Erstens wollte Gorbatschow das Wettrüsten verlangsamen und zeigte sich einem Verbot von Kernwaffentests gegenüber aufgeschlossen, auch wenn seine Macht nicht ausreichte, um sich dem militärisch-industriellen Sektor entgegenzustellen. Zweitens schaffte seine Regierung im Zuge ihrer Öffnungs- und Reformagenda das politische Monopol der Kommunistischen Partei ab. Von nun an war es erlaubt, politische Parteien und Bewegungen ins Leben zu rufen, wodurch auch die Entstehung von Umweltbewegungen möglich wurde.

Wie in anderen Sowjetrepubliken widersetzten sich die lokale Bevölkerung und die kasachstanischen Regierungsorganisationen immer stärker der Herrschaft Moskaus. Die anhaltenden Kernwaffentests wurden vor diesem Hintergrund zu einem der umstrittensten Symbole für das mangelnde Interesse der Zentralregierung an den Menschen in den einzelnen sowjetischen Republiken. Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl 1986 verstärkte die Angst der sowjetischen Öffentlichkeit vor atomarer Strahlung.

Der Wendepunkt kam am 12. Februar 1989, als die Information öffentlich wurde, dass nach einem unterirdischen Kernwaffentest radioaktive Gase ausgeströmt waren. Dadurch wurde eine Kette von Entwicklungen in Gang gesetzt, die nicht nur für das Testprogramm der Sowjetunion massive Konsequenzen hatte, sondern auch für das globale Verbot von Kernwaffentests an sich von großer Bedeutung war. Der lokale Parteichef von Semipalatinsk, Keschrim Bostajew, nutzte die Gelegenheit, um sich nach dem Test direkt an Gorbatschow zu wenden und den seit Langem vorhandenen Sorgen der Bevölkerung vor Ort Ausdruck zu verleihen.

Als Olshas Sulejmenow, ein bekannter kasachischer Schriftsteller und Mitglied des sowjetischen Parlaments, von der radioaktiven Kontamination erfuhr, rief er die Menschen in Kasachstan dazu auf, sich gemeinsam gegen die Kernwaffentests im Land zu wehren. Als ersten Schritt lud er alle Interessierten zu einer Versammlung ins Haus der Schriftsteller in Almaty ein, wo sich normalerweise professionelle Autor:innen trafen. Am 28. Februar 1989 versammelten sich dort Tausende kasachstanische Bürger:innen. Im Konferenzsaal gab es nur einige Hundert Plätze, weshalb viele Menschen draußen in der Kälte standen. Die Versammlung entfaltete eine solche Energie, dass Sulejmenow spontan die Gründung einer öffentlichen Anti-Atom-Bewegung initiierte.

Innerhalb weniger Tage schlossen sich Millionen Menschen der neuen Bewegung mit dem Namen Nevada-Semipalatinsk an. Die Antiatomaktivist:innen aus Kasachstan suchten die Verbindung mit US-amerikanischen Friedensaktivist:innen, die gegen das Kernwaffentestgelände in Nevada protestierten. In den darauffolgenden zwei Jahren entbrannte eine komplexe Auseinandersetzung zwischen Kasachstan und Moskau um das Testgelände in Semipalatinsk, die auf mehreren Ebenen gleichzeitig geführt wurde. Gorbatschow und einige sowjetische Wissenschaftler:innen vertraten die Meinung, dass Kernwaffentests nicht mehr notwendig seien. Das sowjetische Establishment drängte jedoch darauf, sie weiter fortzusetzen, wenn auch nur für ein paar Jahre.

Im Zuge der Nevada-Semipalatinsk-Bewegung kam es zu massiven Protesten und Demonstrationen gegen die sowjetischen Kernwaffentests. Friedensaktivist:innen aus der ganzen Welt, einschließlich den USA, Kanada, Japan, verschiedenen europäischen Ländern und anderen Sowjetrepubliken, reisten nach Kasachstan, um an internationalen Antiatomveranstaltungen teilzunehmen.

Am 29. August 1991, auf den Tag genau 42 Jahre nach dem ersten sowjetischen Kernwaffentest und nur wenige Tage nachdem in Moskau ein Putschversuch gegen Gorbatschow gescheitert war, unterzeichnete

der kasachstanische Präsident Nursultan Nasarbajew schließlich ein Dekret, das die Schließung des Kernwaffentestgeländes Semipalatinsk anordnete und weitere Atomtests auf kasachstanischem Territorium verbot. Damit ging ein Kapitel der nuklearen Geschichte Kasachstans zu Ende, während sich ein neues öffnete, dessen Ende noch nicht abzusehen war.

Atomare Erbschaften

Ende 1991 zerfiel die Sowjetunion und hinterließ Kasachstan mit einem gewaltigen nuklearen Erbe. Das Land war ein wichtiger Teil des sowjetischen Kernwaffenprogramms gewesen und beherbergte, als die Sowjetunion zusammenbrach, strategische Kernwaffensprengköpfe, ballistische Interkontinentalraketen, schwere Bomber und umfangreiche kerntechnische Anlagen, darunter Produktionsstätten für nukleares Material.

Auch wenn die Entscheidung, sich von diesem nuklearen Erbe zu lösen, nicht sofort fiel, folgte sie doch recht bald, nachdem die kasachstanische Führung nationale Sicherheitsinteressen sowie wirtschaftliche, politische und diplomatische Prioritäten abgewogen hatte. Die Entscheidung kam zustande, da Kasachstan sich in der glücklichen Lage befand, die eigenen Prioritäten einer internationalen Gemeinschaft darlegen zu können, die ihrerseits bereit war auf die Bedürfnisse des Landes einzugehen. Die kasachstanische Führung hatte verstanden, dass das Bild, das sie der Außenwelt von ihrem jungen Staat präsentieren wollte, mit einem Festhalten an der nuklearen Infrastruktur und den Kernwaffenbeständen des Landes unvereinbar war. Vor allem aber wussten die kasachstanischen Entscheidungsträger:innen, dass ein Beitritt zum Club der Atomkräfte Kasachstan von dem abschneiden würde, was der junge Staat zu dem Zeitpunkt am dringendsten benötigte: Sicherheitsgarantien, welche die Souveränität und territoriale Integrität gewährleisten würden, sowie ausländische Direktinvestitionen und Zugang zu internationalen Institutionen und Märkten.

Die größte Sorge der jungen Republik war ihre Sicherheit. Sie musste sich als frisch unabhängig gewordener Staat in einem geopolitisch herausfordernden Umfeld behaupten, mit zwei Atomkräften – Russland und China – als Anrainern und einer instabilen zentralasiatischen Nachbarschaft. Deshalb waren von Atomkräften, allen voran den Vereinigten Staaten ausgestellte Sicherheitsgarantien für Kasachstan von entscheidender Bedeutung.

Eine weitere Priorität der Regierung bestand darin, ausländische Direktinvestitionen ins Land zu holen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion kollabierte die kasachstanische Wirtschaft. Große Hoffnung, wieder festen Boden unter den Füßen zu kriegen, ging von den reichhaltigen natürlichen Ressourcen des Landes aus.

Um sie nutzen zu können waren jedoch Investitionen und technische Mittel notwendig, über die Kasachstan zu diesem Zeitpunkt nicht verfügte. Tengis, das größte Ölfeld des Landes, versprach dringend benötigte Einnahmen, allerdings waren Investitionen, technische Ressourcen und Technologien aus dem Ausland erforderlich, um diese Einnahmequelle erschließen zu können. Deshalb schloss die kasachstanische Regierung 1993 eine Kooperationsvereinbarung mit dem US-amerikanischen Ölgiganten Chevron, die dem Unternehmen Zugang zu neuen Ölreserven verschaffte und Kasachstan seine erste ausländische Großinvestition einbrachte. Damit öffnete sich das Land für amerikanische und internationale Geschäftsinteressen. Kasachstan trat als neues Land auf die internationale Bühne und wollte so schnell wie möglich Teil der internationalen Gemeinschaft, ihrer Organisationen und Märkte werden.

Vor allem sorgte sich die kasachstanische Führung um die finanziellen Ressourcen und die technische Expertise, die für eine sichere Denuklearisierung notwendig waren. Dank des Nunn-Lugar-Kooperationsprogramms zur Reduktion von Bedrohungen (*Nunn-Lugar Cooperative Threat Reduction Program*) konnte die US-Regierung Kasachstan beides anbieten. Auch andere Länder und internationale Organisationen leisteten Unterstützung. Diese praktische Unterstützung sollte für die erfolgreiche Denuklearisierung des Landes eine unmittelbare Rolle spielen.

Dass Kasachstan schließlich einen atomwaffenfreien Weg beschritt, ist auch der innenpolitischen Situation jener Zeit zu verdanken. Das Trauma der sowjetischen Atomwaffentests hatte in der kasachstanischen Gesellschaft eine starke Ablehnung der Kernenergie hinterlassen. Kasachstans Entscheidungsprozesse liefen stark zentralisiert ab und es gab keine nennenswerten Interessensgruppen im Land, die sich für einen Erhalt der nuklearen Bestände einsetzten. Der kasachstanische Präsident und seine Berater:innen hatten deshalb nicht im gleichen Maß mit Widerständen zu ringen, wie das zum Beispiel bei der ukrainischen Regierung der Fall war, die in einem politisch vielfältigeren Umfeld agieren musste.

Besondere Beachtung muss an dieser Stelle dem normativen Aspekt der Entscheidungsprozesse im jungen unabhängigen Kasachstan zuteilwerden. Außenpolitische Berater:innen, die sich in den frühen Tagen der Unabhängigkeit mit Nuklearfragen auseinandersetzten, waren der Meinung, dass Kasachstan den Atomwaffensperrvertrag (NPT) – den wichtigsten Grundlagenvvertrag der internationalen nuklearen Ordnung seit 1970 – untergraben würde, wenn sich das Land einer Unterzeichnung verweigerte. In den frühen 1990er Jahren, als Kasachstan die Entscheidung zur Denuklearisierung traf, war der NPT gerade an einen entscheidenden Moment gelangt. 1995 würden die Unterzeichnerstaaten

darüber entscheiden, ob der Vertrag nach einer bestimmten Zeit auslaufen oder zeitlich unbegrenzt fortgeführt werden soll. Kasachstans Entscheidung, kein Mitglied im Club der atomaren Staaten zu werden, hat die internationale Norm zur Nichtverbreitung von Kernwaffen gestärkt und die Entscheidung über eine zeitlich unbegrenzte Verlängerung des NPT begünstigt.

Die vorteilhafte Kombination der nationalen Prioritäten Kasachstans und der Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, auf Kasachstans Absichten einzugehen, resultierte in der Entscheidung des kasachstanischen Parlaments vom Dezember 1993, dem NPT als künftig kernwaffenfreier Staat beizutreten. Dadurch ging Kasachstan eine nun rechtlich bindende internationale Verpflichtung ein, das eigene Atomarsenal aufzugeben.

Bis 1995 wurden alle Kernwaffen aus Kasachstan entfernt und nach Russland gebracht. Zusammen mit Partner:innen aus den Vereinigten Staaten, Russland und anderen Ländern arbeitet Kasachstan in den darauffolgenden Jahren daran, die Infrastruktur atomarer Waffen zu demontieren, Nuklearmaterial zu sichern und beseitigen und Forschungsreaktoren auf den Betrieb mit niedrig angereichertem Uran umzustellen (bis dahin verwendetes hochangereichertes Uran stellt die Grundlage von Kernwaffen dar).

Nukleardiplomatie und die bleibenden Narben des atomaren Testprogramms

Die Erfahrung der sowjetischen Kernwaffentests wurde zu einem integralen Bestandteil der Identität Kasachstans als einer Nation, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die atomare Gefahr einzuhegen. Nukleardiplomatie wurde zu einem Eckpfeiler der kasachstanischen Außenpolitik. 2006 erklärte ein gemeinsamer Vertrag zwischen Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan Zentralasien zur kernwaffenfreien Zone, ein Schritt, mit dem sich für Kasachstan ein symbolischer Kreis schloss – von einer Sowjetrepublik im Zentrum des sowjetischen Atomprogramms zu einem unabhängigen Staat, der Kernwaffen für immer von seinem Territorium verbannt hat. Der Central Asian Nuclear-Weapon-Free Zone Treaty ist nach dem Ort seiner Unterzeichnung bis heute als Vertrag von Semipalatinsk bekannt.

Die Geschichte des Testgeländes Semipalatinsk ist eine Geschichte von Schwertern zu Pflugscharen. Errich-

tet, um die tödlichsten Waffen der Welt zu testen, dient es nun den Zielen des Friedens und der ethischen Wissenschaft. Zum Beispiel stellte Kasachstan das ehemalige Testgelände für Feldübungen der Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (*Comprehensive Test Ban Treaty Organization, CTBTO*) zur Verfügung. Der namensgebende, 1996 von der UN-Vollversammlung angenommene Vertrag, der ein umfassendes Verbot aller Kernwaffenversuche zum Ziel hat, soll nach der Ratifizierung durch mindestens 44 Unterzeichnerstaaten in Kraft treten. Ab diesem Moment wird die internationale Gemeinschaft auf die Verifikationsmechanismen der CTBTO angewiesen sein, um sicherzustellen, dass der Vertrag von allen Unterzeichnerstaaten eingehalten wird. Im Jahr 2008 war Kasachstan deshalb Gastgeber der bisher umfangreichsten Simulationsübung der CTBTO, bei der vierzig internationale Inspektor:innen mutmaßliche Kernwaffentests eines fiktiven Landes untersuchten. Vierzig Tonnen Equipment wurden dafür nach Kasachstan verfrachtet. Kaum ein anderer Ort der Welt hätte realistischere Bedingungen für die Übung bieten können als das ehemalige Testgelände Semipalatinsk.

Trotz aller positiven Entwicklungen nach der Unabhängigkeit bestehen das Erbe der sowjetischen Kernwaffentests und das kollektive Trauma, das sie hinterlassen haben, noch immer fort. Bis heute herrscht in der kasachstanischen Bevölkerung ein starkes Misstrauen gegenüber der Kernkraft. Bereits mehrere Versuche der Regierung, in Kasachstan den Bau eines Kernkraftwerkes durchzusetzen, sind gescheitert, was sich zumindest teilweise auf die weitverbreitete Skepsis der Bevölkerung gegenüber der etwaigen Nutzung von Kernkraft zurückführen lässt. Mehr als drei Jahrzehnte nach dem letzten Kernwaffentest in Semipalatinsk leidet die lokale Bevölkerung noch immer unter schweren gesundheitlichen Folgeschäden. Vom kasachstanischen Institut für Strahlenmedizin und Ökologie durchgeführte Studien zeigen, dass vor Ort weiterhin ein erhöhtes Risiko schwerer Erkrankungen besteht, das auch die Kinder und Enkelkinder derjenigen betrifft, die während der Zeit der Kernwaffentests radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren.

Aus dem Englischen von Armin Wolking

Über die Autorin

Dr. *Togzhan Kassenova* ist Senior Fellow am Center for Policy Research (SUNY Albany) und Nonresident Fellow der Carnegie Endowment for International Peace in Washington D.C.. Sie ist Autorin des kürzlich erschienenen Buches »Atomic Steppe: How Kazakhstan Gave Up the Bomb« (https://www.sup.org/books/title/?id=33596&bottom_ref=subject).

Kunst und Protest in Kasachstan

Von Nina Frieß (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, ZOiS, Berlin)

DOI: 10.31205/ZA.151.02

Zusammenfassung

Die Grenze zwischen Kunst und Aktivismus ist in Kasachstan traditionell fließend. Daher überraschte es nicht, dass sich zahlreiche Künstler:innen an den friedlichen Protesten vor dem Ausbruch der Unruhen im Januar 2022 beteiligten. Nach der Niederschlagung der Proteste sind es vor allem Literat:innen, welche die Ereignisse in den sozialen Medien in poetischer Form kommentieren. In den letzten zehn Jahren haben es diese unabhängigen Autor:innen ohne staatliche Unterstützung geschafft, in Kasachstan eine literarische Zivilgesellschaft aufzubauen, die sich mit geringen Mitteln effizient unterstützen ließe.

Am 10. Januar 2022 wird das Internet in Almaty wieder angeschaltet. Fast eine Woche lang war es ganz oder teilweise blockiert gewesen, nur spärlich drangen Nachrichten aus Kasachstans kultureller Metropole in die Außenwelt. In Almaty waren die zunächst friedlichen Proteste, die am 2. Januar 2022 in Dschanaösen ihren Ausgang nahmen, am 5. Januar in Gewalt umgeschlagen. Erst mit Hilfe des Militärs – darunter Truppen des von Russland angeführten Militärbündnisses OVKS – gelang es dem kasachstanischen Regime, die Lage zu stabilisieren. Eine der ersten Reaktionen auf die Ereignisse der eskalierten Proteste aus der Literaturszene Kasachstans, ist der Facebook-Post Michail Zemskovs vom 11. Januar. Der Romancier zitiert aus dem Tagebuch seiner achtjährigen Tochter:

»10. Januar. Bei uns ist Krieg, wir sitzen zu Hause. Silvester haben wir schön gefeiert, wir ließen Raketen steigen und hatten Gäste [...] und haben einen Kuchen gebacken. Außerdem war Olja für zwei Nächte bei uns und ich habe gepanzerte Mannschaftswagen und Panzer, Militär und Militärfahrzeuge gesehen. Außerdem wurden die Schulferien bis zum 17. Januar verlängert, und unser Miniladen ist der beste in der Gegend, er hat: Brot, Kartoffeln, Möhren.« (Sofern nicht anders angegeben, stammen die Übersetzungen aus dem Russischen von der Autorin.)

Am selben Tag veröffentlicht die Mutter des Mädchens, die Kinderbuchautorin und Dichterin Kseniya Rogozhnikova, ein Gedicht auf ihren Social Media-Accounts, welches das Thema in freien Versen aufgreift und ebenfalls aus dem Tagebuch zitiert. Aus dem Zeugnis eines Kindes, das vor allem durch die scheinbare Gleichzeitigkeit freudiger (Neujahrsfest, Gäste, verlängerte Schulferien) und schrecklicher Ereignisse (Krieg) verstört, ist bei Rogozhnikova bereits Literatur geworden. In dem titellosen Gedicht heißt es:

»wir lauschen dem Knallen
im Neuen Jahr

es sind schon keine Böller mehr
Blendgranaten
nicht funktionierende Ampeln
eine laufende Menschenmenge
auf der Fahrbahn
der Tod
auf den Straßen der Stadt
Nachrichtenkrümel
durch Telefonate
sparsamer Zugang zum Internet
in Almaty
wir erinnerten uns an den Fernseher
die achtjährige Tochter
schreibt in ihr Tagebuch
»bei uns ist Krieg
wir sitzen zu Hause
aber im Laden nebenan
gibt es schon Brot
und Kartoffeln.«
(Aus dem Russischen von Martha Jurowski und
Nina Frieß.)

Während wenig über die Teilnahme kasachstanischer Literat:innen an den friedlichen Protesten bekannt ist, melden sich diese nach dem Ende der Unruhen umso deutlicher zu Wort. Dabei ist es das Privileg der Dichter:innen, mit ihrer Kunst schnell auf aktuelle Ereignisse reagieren zu können, vielleicht sogar zu müssen, wie es die Dichterin Irina Gumyrkina ausdrückt: »Gedichte fragen nicht danach, was du schreiben willst, sie kommen einfach«. Während die ersten Wortmeldungen aus der literarischen Szene vor allem Lebenszeichen im wörtlichen Sinne waren, veröffentlichten Kasachstans Poet:innen, die tagelang zum Schweigen gezwungen waren, nun beinahe täglich Gedichte auf Facebook oder Instagram, in denen sie das Erlebte verarbeiten: die Ungewissheit, die Isolation, die Angst, das Chaos, die Almaty tagelang beherrschten. Aber auch Spott über die Machthaber:innen, die »Putin riefen«, findet sich dort, sowie Wut und Trauer um die Opfer

der eskalierten Proteste, deren genaue Anzahl umstritten bleibt.

Poetische Solidaritätsbekundungen

Noch während der Internetblockade Anfang Januar hatten außerhalb Kasachstans lebende Dichter:innen unter dem Motto »Wir sind zusammen« zu einem poetischen Marathon aufgerufen, an dem sich Poet:innen aus Kasachstan, Russland, der Ukraine und Belarus beteiligten und ihre Gedichte vortrugen. Die Organisator:innen der Veranstaltungen sprachen sich »für die Solidarität mit dem Volk Kasachstans in seinem Kampf gegen den Autoritarismus und für die Menschenrechte« und gegen die »kriegerische Einmischung anderer Länder in die Politik Kasachstans« aus. Die Einladung zu der Online-Veranstaltung zeigt dabei eine fast schon ikonische Fotografie der kasachstanischen Protestbewegung, die 2019 beim Almaty-Marathon entstanden war: Aktivist:innen hatten im Vorfeld der fingierten Präsidentschaftswahlen bei der Sportveranstaltung ein Transparent entrollt, auf dem der Slogan »Vor der Wahrheit kannst du nicht weglaufen« sowie der Hashtag #IchHabeDieWahl auf Kasachisch und Russisch zu lesen waren. Zwei der beteiligten Aktivist:innen waren dafür 2019 zu 15-tägigen Haftstrafen verurteilt worden. Mit der Wahl ihres Veranstaltungsfotos zogen die Organisator:innen des poetischen Marathons eine Verbindung zu früheren friedlichen Protesten gegen das autoritäre Regime Kasachstans.

Die Übergänge zwischen Kunst und Aktivismus sind in Kasachstan häufig fließend. So engagierten sich viele Künstler:innen schon vor den Protesten Anfang Januar für ein demokratisches Kasachstan, in dem Politiker:innen in freien und fairen Wahlen bestimmt und für ihre Arbeit vom Wahlvolk verantwortlich gemacht werden können. Insbesondere Künstlerinnen haben in den letzten Jahren Aktionen organisiert, in denen sie sich für die Stärkung von Frauen- und LGBTQ*-Rechten einsetzten. Die Protestformen sind dabei kreativ, sie reichen von Performances bis hin zu Kunstobjekten, wie etwa die Evermust-Skulptur Zoya Falkovas, die einen weiblichen Torso in Form eines Boxsacks zeigt und es – inzwischen in der zweiten Edition – zu einiger Berühmtheit gebracht hat. Im Umweltschutz sind es seit Sowjetzeiten Schriftsteller:innen, die in Aktionen, vor allem aber in ihren Texten auf die massiven Umweltprobleme Kasachstans aufmerksam machen.

Anfang Januar 2022 sind zumindest in Almaty viele Aktionskünstler:innen an den friedlichen Protesten beteiligt. Sie posten Bilder und Forderungen der friedlich Demonstrierenden auf ihren Social Media-Accounts und dokumentieren damit die Ereignisse. Sie sind aber auch unter den ersten, die dazu aufrufen, nach Hause zu gehen, als die friedlichen Proteste in Gewalt umschla-

gen. So schreibt die seit Jahren in der kasachstanischen Demokratiebewegung engagierte Künstlerin Suimbike Suleimenova am 5. Januar auf Instagram: »Jetzt ist es wichtig, die Gewalt zu stoppen, [...], es ist Zeit, darüber nachzudenken, was als nächstes zu tun ist. Welche Reformen brauchen wir wirklich? Das Schlimmste, was jetzt passieren kann, ist die Übertragung / Machtergreifung von einem Diebesregime zum anderen. Es ist uns wichtig, unsere Unabhängigkeit, unsere Staatlichkeit zu bewahren! Wir brauchen eine neue unabhängige Regierung, die wirklich an die Menschen denkt.«

Obwohl es sich bei der engagierten Kunstszene in Kasachstan um eine überschaubar große Personengruppe handelt, sollte ihre Reichweite nicht unterschätzt werden. Insbesondere durch ihre Social Media-Präsenz erreichen sie Menschen über Kasachstans kulturelles Zentrum Almaty hinaus. Sie sind – oft auch international – gut vernetzt und bereit, sich in ihrer Kunst und darüber hinaus zu engagieren und zur Entwicklung der kasachstanischen Kulturlandschaft, aber auch der Zivilgesellschaft, beizutragen.

Literarische Zivilgesellschaft

Die Gründung der Offenen Literaturschule Almaty (kurz OLSCHA) ist dafür ein gutes Beispiel. Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete auch das Ende der staatlich kontrollierten sowjetischen Kulturlandschaft: nicht nur die staatliche Zensur, sondern auch Verlage, literarische Zeitschriften, finanzielle Förderungen für regimetreue Autor:innen sowie Institute für den literarischen Nachwuchs standen plötzlich vor dem Aus. Während es in Russland relativ schnell gelang, einen nach privatwirtschaftlichen Prinzipien organisierten Literaturmarkt zu etablieren, gab es in Kasachstan jenseits der veralteten, für junge Autor:innen nur schwer zugänglichen Strukturen des nach wie vor existierenden regimenehen Schriftstellerverbands kaum Möglichkeiten, Texte zu publizieren. Bis heute wird der kasachstanische Buchmarkt deshalb von russischen Importen dominiert.

Es ist dem Einsatz einer einzelnen Person zu verdanken, dass sich in Kasachstan dennoch eine innovative junge Literaturszene entwickeln konnte. Die Autorin und Philologin Olga Markova hatte 1993 unter dem Dach der von ihr gegründeten Stiftung Muzaget begonnen, Kurse für Nachwuchsautor:innen zu organisieren, eine Zeitschrift herauszugeben und Publikationsmittel einzuwerben. Nach Markovas Tod im Jahr 2008 setzten ihre Schüler:innen rund um Michail Zemskov ihre Mission fort und gründeten 2009 die OLSCHA, in der Interessierte in Wochenendkursen eine umfassende theoretische und vor allem praktische Schreibausbildung erhalten. Durch die Corona-Pandemie, die auch die OLSCHA in den virtuellen Raum zwang, wurden

die Seminare der Schule erstmals für Menschen zugänglich, die außerhalb Almatys leben.

Im Umfeld der OLSCHA sind seit ihrer Gründung nicht nur viele literarische Texte entstanden, es wurden auch Lesungen und Festivals veranstaltet, die literarische Online-Zeitschrift Daktyl gegründet (2019) und zuletzt mit Unterstützung des renommierten internationalen Schreibprogramms der Universität Iowa und des US-amerikanischen Konsulats Almaty die Almaty Writing Residency eingerichtet (2021). Diese internationale Vernetzung könnte perspektivisch zu einer größeren internationalen Sichtbarkeit von Kasachstans Schriftsteller:innen beitragen, deren Texte bislang kaum in andere Sprachen übersetzt wurden.

Zwar werden nicht alle Absolvent:innen der OLSCHA Autor:innen, viele von ihnen werden aber Leser:innen, die sich für die Entwicklung der sie umgebenden Literatur- und Kulturlandschaft interessieren und Texte lesen wollen, die die eigenen Lebenswirklichkeiten abbilden und gesellschaftliche Diskurse aufgreifen. Das Entstehen von etwas, das man als eine neue literarische Zivilgesellschaft bezeichnen könnte, spiegelt sich ganz langsam auf dem kasachstanischen Buchmarkt wider: immer mehr kasachstanischen Autor:innen gelingt es, ihre Texte in heimischen Verlagen zu veröffentlichen und auch zu verkaufen. Entscheidender ist

aber, dass diese Menschen nicht länger auf staatliche Hilfe warten, die in Kasachstan – wenn überhaupt – bislang primär in prestigeträchtige Großprojekte fließt, sondern selbst bereit sind, sich mit eigenen Ressourcen zu engagieren. Nach den Ereignissen von Anfang Januar bleibt zu hoffen, dass die Freiräume erhalten bleiben, die dafür bislang zur Verfügung standen. Die teilweise sehr offenen Äußerungen kasachstanischer Literatur:innen zu den aktuellen Ereignissen lassen darauf schließen, dass sie selbst zumindest fürs Erste nicht mit Repressionen rechnen.

Unterstützen ließe sich dieser Teil der kasachstanischen Zivilgesellschaft übrigens bereits mit geringen Mitteln: mit Stipendien, insbesondere für junge Autor:innen, mit Kooperations-Veranstaltungen wie sie das US-amerikanische Konsulat mit der OLSCHA veranstaltet, aber auch durch die Förderung von Übersetzungen zeitgenössischer literarischer Texte ins Deutsche. Den Literaturschaffenden – aber auch anderen Künstler:innen – würden finanzielle Mittel, und mehr noch wachsende internationale Aufmerksamkeit, einen Fortbestand ihrer Unabhängigkeit sichern. Den deutschsprachigen Leser:innen böten sie Einblicke in eine Kultur, die jenseits von Ereignissen wie den Unruhen von Anfang Januar viel zu selten Thema im deutschsprachigen Raum ist.

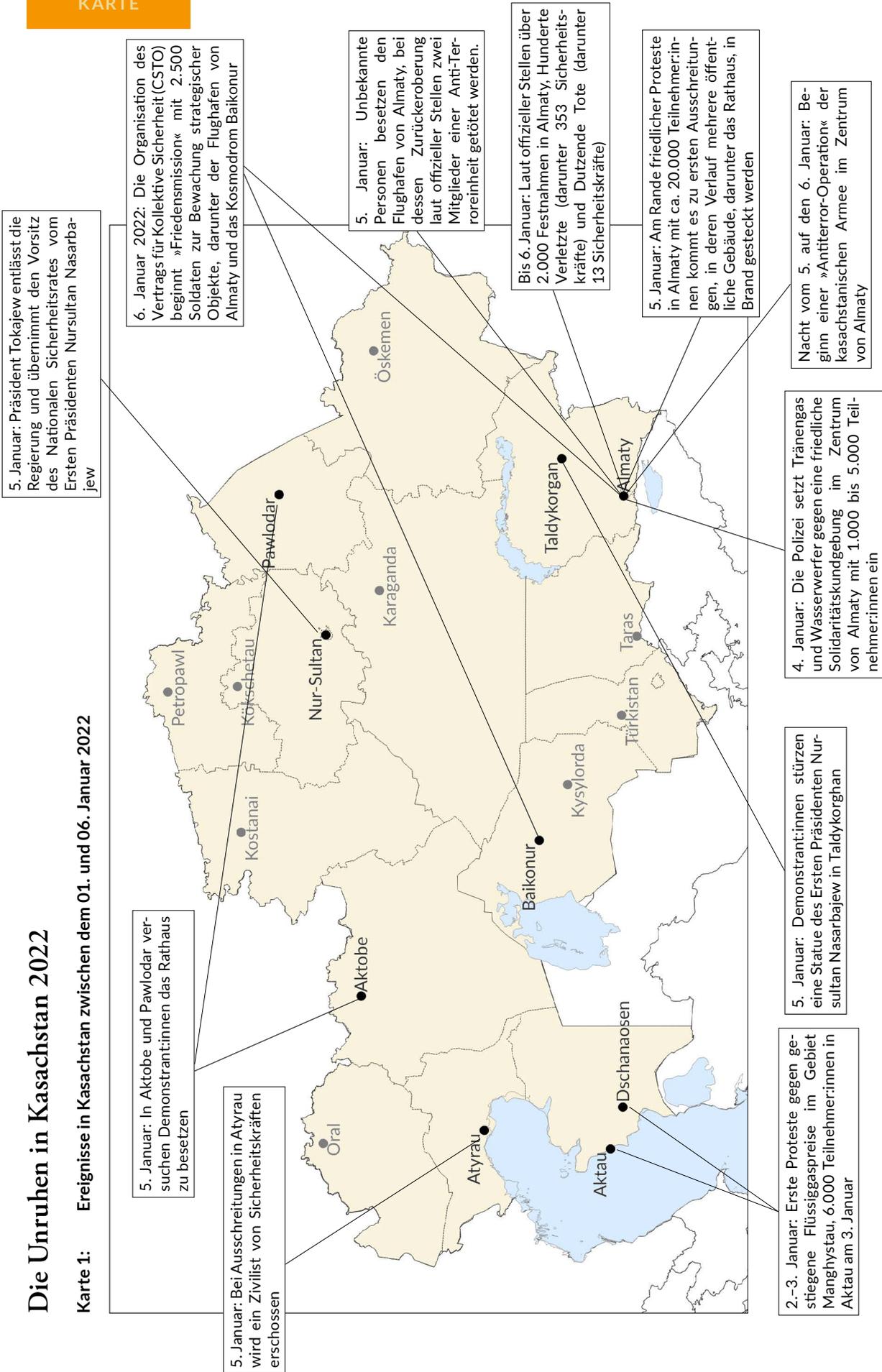
Über die Autorin

Nina Frieß studierte Politikwissenschaft und Slavistik in Heidelberg, Sankt Petersburg und Potsdam. Seit Oktober 2016 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZOiS. Von 2009 bis 2016 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ostslavische Literaturen und Kulturen des Instituts für Slavistik der Universität Potsdam tätig. 2015 wurde sie mit einer Arbeit über die Erinnerung stalinistischer Repressionen in der Gegenwart promoviert. Die Dissertation wurde 2015 mit dem Klaus-Mehnert-Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO) ausgezeichnet. 2017 schloss sie an der Technischen Universität Berlin ihren Master of Science in Wissenschaftsmarketing ab. Sie ist Mitgründerin des Projekts »Russophone Voices« (<https://www.facebook.com/RussophoneVoices>), das aktuelle Tendenzen in den globalen russophonen Literaturen erkundet und dafür Autor*innen, Forscher*innen und Leser*innen zusammenbringt.

Die Unruhen in Kasachstan 2022

Karte 1: Ereignisse in Kasachstan zwischen dem 01. und 06. Januar 2022

KARTE

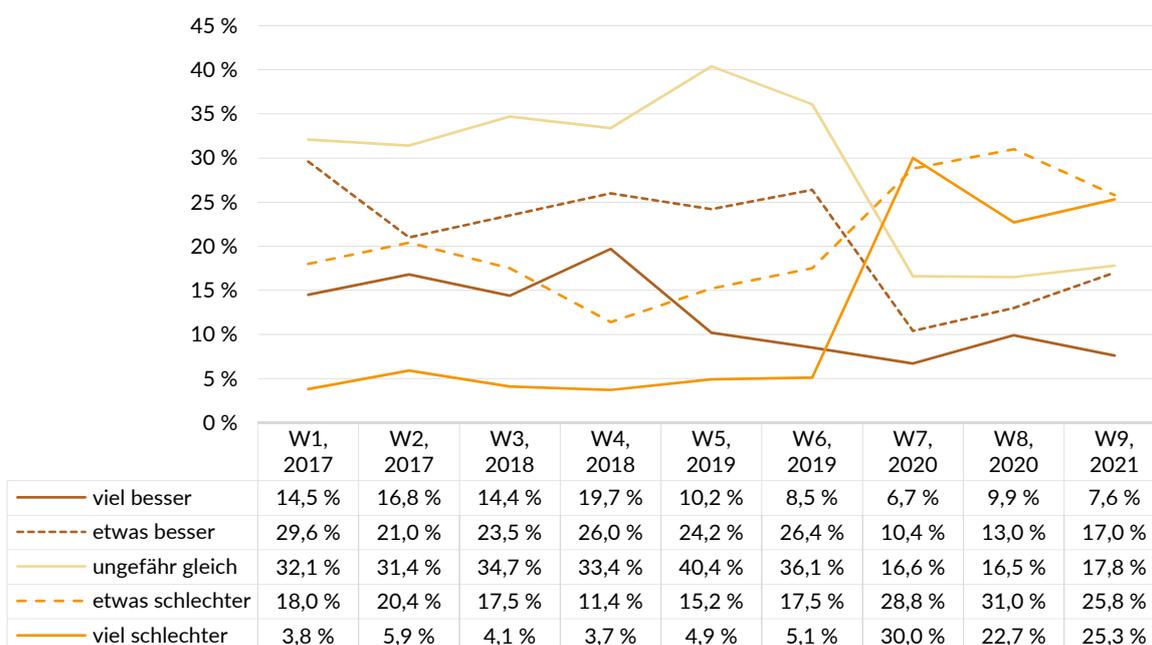


UMFRAGEN

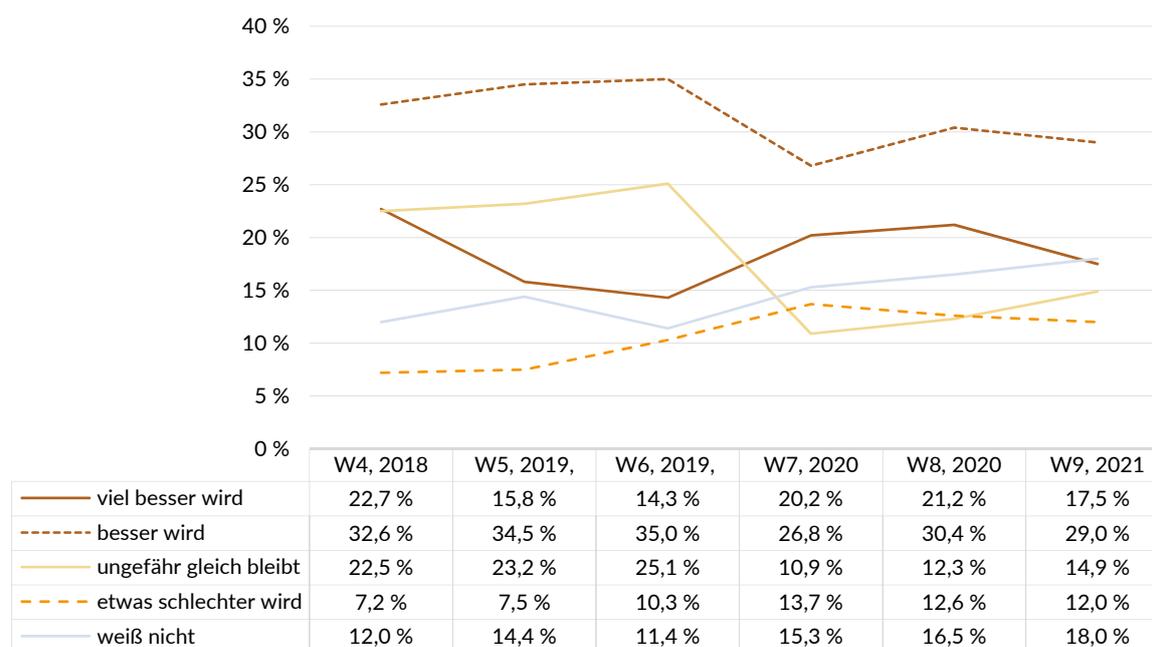
Umfragen zur wirtschaftlichen Lage und politischen Stimmung in Kasachstan vor den Januar-Unruhen

Grafik 1: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Kasachstans

Wenn Sie an die heutige wirtschaftliche Situation in unserem Land denken, wie würden Sie sie im Vergleich zu vor 12 Monaten einschätzen? Ist sie viel besser, etwas besser, ungefähr gleich, etwas schlechter oder viel schlechter? (W=Umfragewelle)



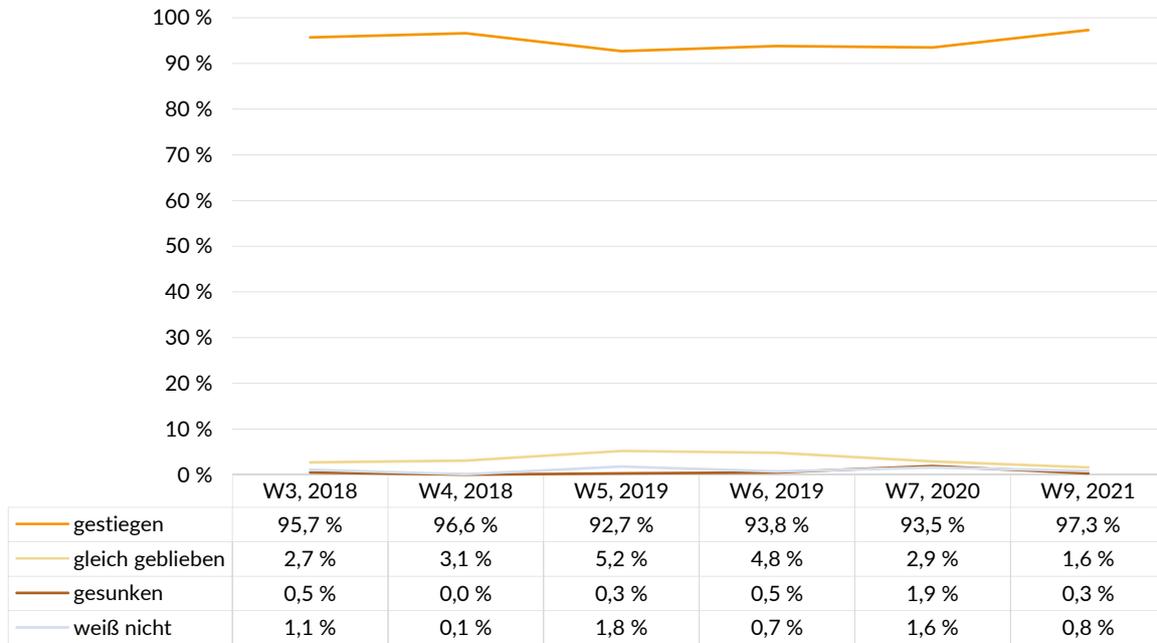
Und für das kommende Jahr, denken Sie dass die Wirtschaft unseres Landes...? (W=Umfragewelle)



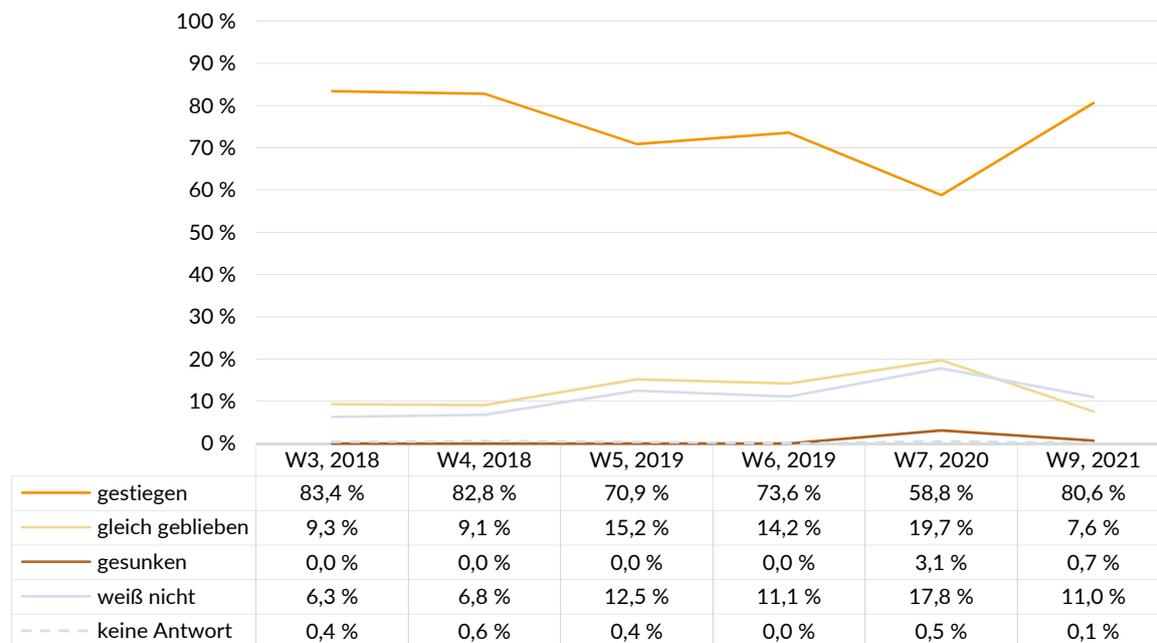
Quelle: »Trends in Kazakhstan's Public Opinion Prior to the Protests«, Central Asia Barometer, 24.01.2022 (<https://ca-barometer.org/en/news/trends-in-kazakhstans-public-opinion-prior-to-the-protests>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich beim Central Asia Barometer

Grafik 2: Einschätzung der Kostenentwicklung in Kasachstan

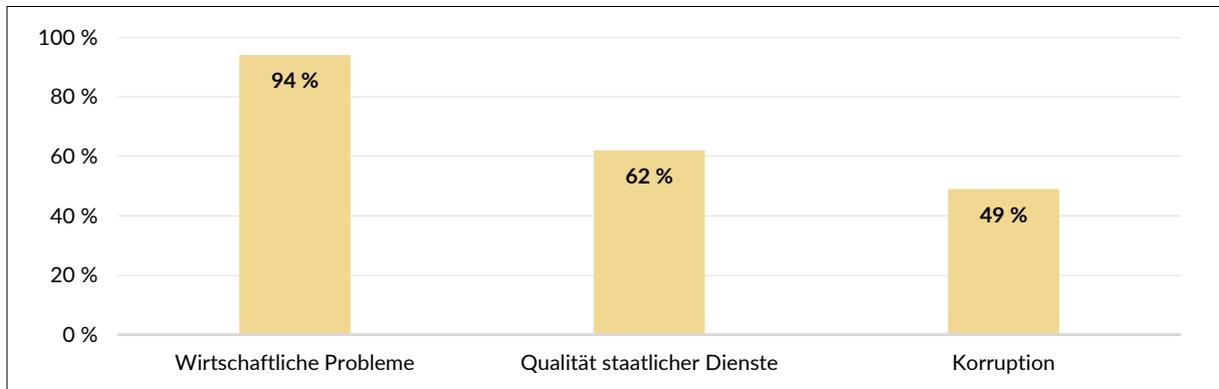
Wenn Sie ein Jahr zurückdenken, würden Sie sagen, dass Lebensmittelkosten seitdem gestiegen, gleich geblieben oder gesunken sind? (W=Umfragewelle)



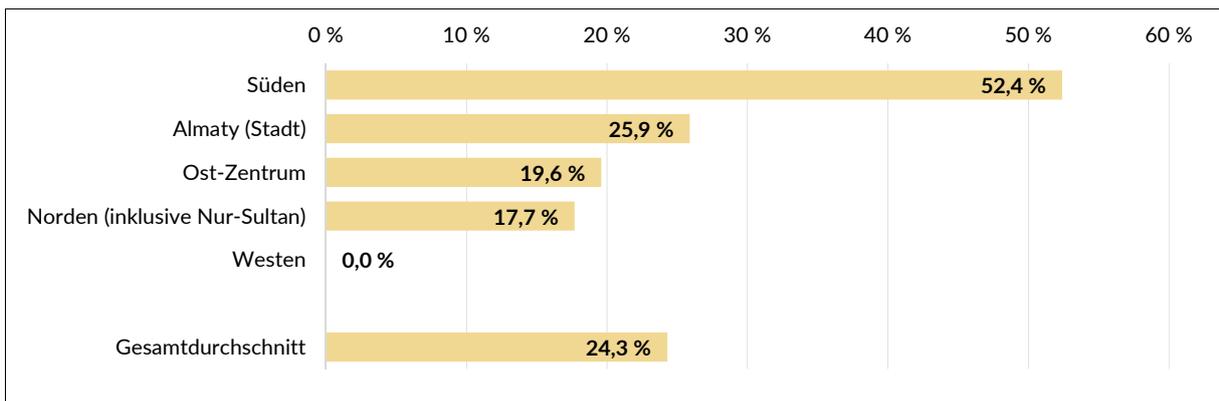
Wenn Sie ein Jahr zurückdenken, würden Sie sagen, dass Wohnungskosten seitdem gestiegen, gleich geblieben oder gesunken sind? (W=Umfragewelle)



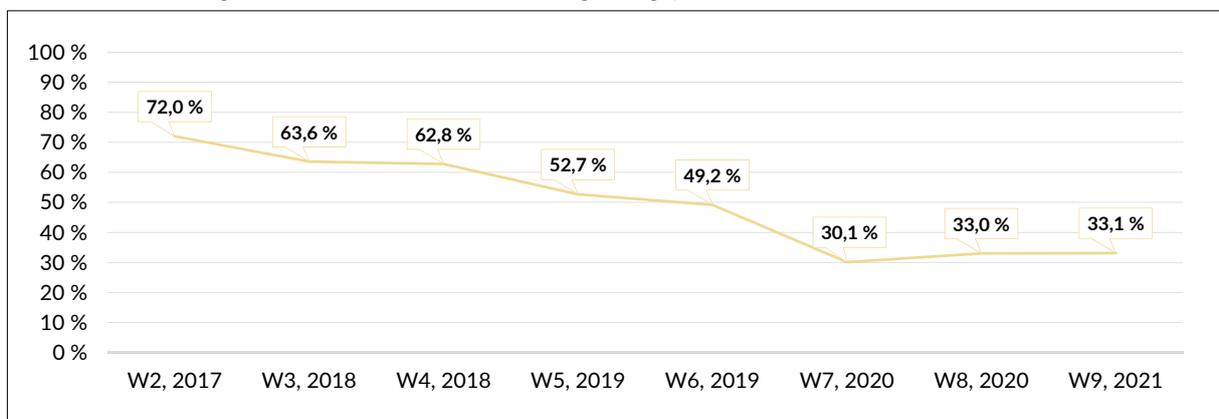
Quelle: »Trends in Kazakhstan's Public Opinion Prior to the Protests«, Central Asia Barometer, 24.01.2022 (<https://ca-barometer.org/en/news/trends-in-kazakhstan-public-opinion-prior-to-the-protests>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich beim Central Asia Barometer

Grafik 3: Die größten Probleme in Kasachstan

In Kategorien zusammengefasste Antworten einer zwischen Dezember 2019 und Januar 2020 durchgeführten offenen Umfrage mit 1.200 Befragten in Kasachstan, in der diese gebeten wurden die drei größten Probleme in Kasachstan in der Reihenfolge ihrer Priorität aufzulisten; Quelle: »Were the Kazakhstani protests predictable?« (Gerard Toal, John O'Loughlin und Marlene Laruelle), 20.01.2022, Global Voices (<https://globalvoices.org/2022/01/20/were-the-kazakhstani-protests-predictable/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Marlene Laruelle.

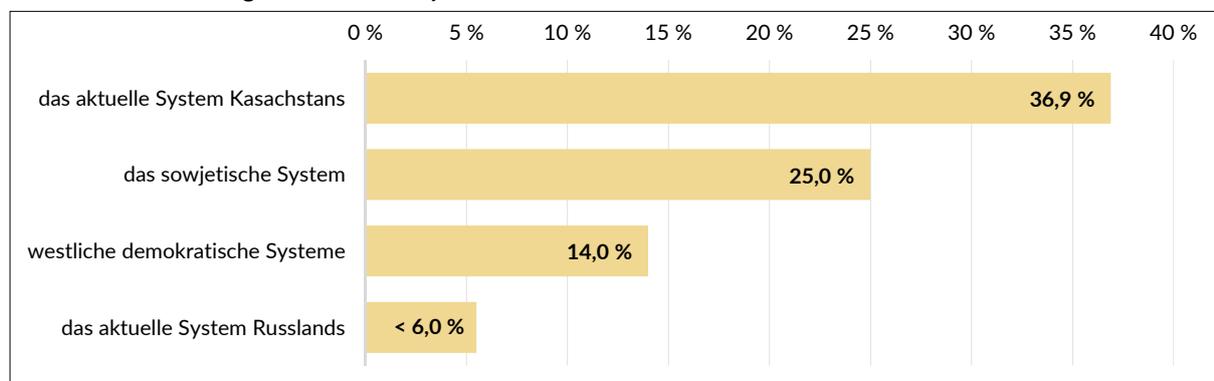
Grafik 4: Vertrauen in den Präsidenten Kasachstans nach Regionen (in % der Befragten)

Zwischen Dezember 2019 und Januar 2020 durchgeführte offene Umfrage mit 1.200 Befragten in Kasachstan; Quelle: »Were the Kazakhstani protests predictable?« (Gerard Toal, John O'Loughlin und Marlene Laruelle), 20.01.2022, Global Voices (<https://globalvoices.org/2022/01/20/were-the-kazakhstani-protests-predictable/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Marlene Laruelle.

Grafik 5: Umfragewerte der kasachstanischen Regierungspartei Nur-Otan, 2017 – 2021

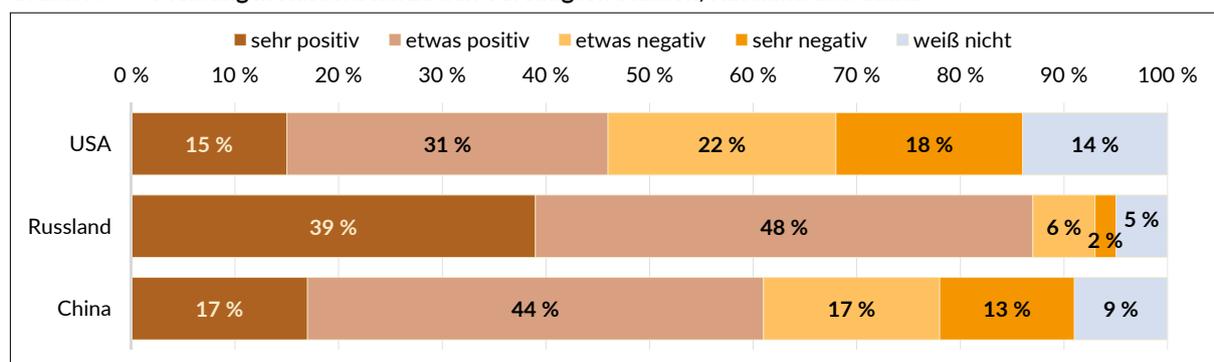
»Wenn heute landesweite Wahlen wären, welche Partei würden Sie wahrscheinlich wählen?«; W=Umfragewelle; Quelle: Central Asia Barometer (Twitter), 20.01.2022 (https://twitter.com/barometer_ca/status/1484062792822964224/photo/1). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich beim Central Asia Barometer.

Grafik 6: Bevorzugtes Politisches System in Kasachstan



Zwischen Dezember 2019 und Januar 2020 durchgeführte offene Umfrage mit 1.200 Befragten in Kasachstan; Quelle: »Were the Kazakhstani protests predictable?« (Gerard Toal, John O’Loughlin und Marlene Laruelle), 20.01.2022, Global Voices (<https://globalvoices.org/2022/01/20/were-the-kazakhstani-protests-predictable/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Marlene Laruelle.

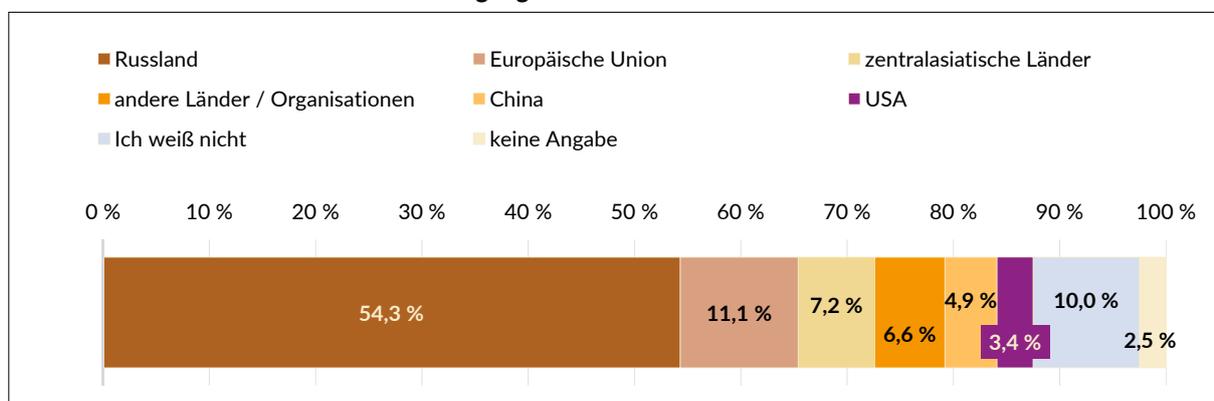
Grafik 7: Meinung in Kasachstan zu den Vereinigten Staaten, Russland und China



Antworten auf die Frage »Bitte sagen Sie mir, ob Sie eine sehr positive, etwas positive, etwas negative oder sehr negative Meinung über _____ haben«; Central Asia Barometer, aggregierte Daten für 2017–2019 mit zweimal jährlich 1.500 Befragten in Kasachstan; Quelle: »The United States in Kazakhstani public opinion: Double-edged cultural influence and the collateral damage of foreign policy« (Marlene Laruelle und Dylan Royce), Journal of Eurasian Studies 2021, Vol. 12(2), Seite 201 (<https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/18793665211030937>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Marlene Laruelle und dem Central Asia Barometer.

Grafik 8: Ansichten in Kasachstan über das potenziell hilfreichste Land

Welches der folgenden Länder ist Ihrer Meinung nach, wenn überhaupt, am besten in der Lage, unserem Land bei der Bewältigung von wirtschaftlichen und anderen Problemen zu helfen?



Telefonumfrage in Kasachstan zwischen August und September 2021 mit 800 Befragten; Quelle: »Kazakhstani and Uzbekistani views on who is the first to help their country«, 02.11.2021, Central Asia Barometer (<https://www.ca-barometer.org/en/news/kazakhstani-and-uzbekistani-views-on-who-is-the-first-to-help-their-country>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich beim Central Asia Barometer.

KOMMENTAR

Das Jahr der Regimekonsolidierung in Kirgistan

Von Shairbek Dzhuraev (Crossroads Central Asia, Bischkek)

2021 kam der Prozess des politischen Wandels, der im Jahr zuvor in Kirgistan begonnen hatte, zu einem Abschluss. Der Sturz des amtierenden Präsidenten im Oktober 2020 hatte Entwicklungen in Gang gesetzt, welche die politische Landschaft des Landes nachhaltig verändert haben. In einem abstimmungsreichen Jahr wählte das Land sowohl einen neuen Präsidenten als auch ein neues Parlament und billigte darüber hinaus eine neue Verfassung. Zu Beginn des neuen Jahres 2022 lassen sich die jüngsten Veränderungen in drei Punkten zusammenfassen:

Erstens wurde durch die Verfassungsreform ein starker Präsidentialismus eingeführt, wodurch das Experiment des »Parlamentarismus« zu einem unrühmlichen Ende gekommen ist. Zwischen 2010 und 2020 hatten führende Politiker:innen des Landes immer wieder stolz betont, in Kirgistan eine parlamentarische Republik etablieren zu wollen. In der Praxis hatte das Land ein gemischtes System präsidential-parlamentarischer Prägung, was unter den sonst super-präsidentialen Systemen in Zentralasien jedoch immer noch ein Sonderfall war. Durch das Referendum im April 2021 wurde eine neue Verfassung angenommen, die dem Parlament viele seiner bisherigen Kompetenzen entzieht, einschließlich der zur Ernennung und Kontrolle der Regierung. Der Präsident ist nun zugleich Oberhaupt von Staat und Exekutive. Das Land hat zwar weiterhin einen Premierminister, der als nun offiziell betitelter »Ministerkabinettsvorsitzender« jedoch ebenfalls nur eine untergeordnete Stellung einnimmt. Parallel zum Vorsitz des Ministerkabinetts dient der Premierminister als Leiter der Präsidentschaftsadministration, womit dieser letztlich nicht viel mehr ist als ein Spitzenbeamter im Stab des Präsidenten.

Zweitens konsolidierten die Entwicklungen von 2021 die politische Dominanz des neuen Präsidenten Sadyr Dschaparow. Der Wechsel zum Präsidentsystem formalisierte lediglich den Sieg Dschaparows. Wichtiger ist der kaum überraschende Erfolg der neuen Landesführung, sich durch die letzten Wahlen ein dem Präsidenten gegenüber möglichst »fügsames« Parlament zu schaffen. Die Parlamentswahlen im November 2021 resultierten in den üblichen Ergebnissen: drei dem Präsidenten loyal ergebene Parteien gewannen 36 der insgesamt 54 über Parteilisten vergebenen Mandate. Mit Talant Mamytow wurde außerdem ein langjähriger Verbündeter des Präsidenten zum Parlamentssprecher gewählt. Er erhielt 67 Stimmen, während sein Widersacher Adachan Madumarow lediglich auf zehn Stimmen kam. Die einzigen Oppositionsparteien, Butun Kirgistan, deren Vor-

sitzender Madumarow ist, und Allianz, konnten sich sechs bzw. sieben Sitze im neuen Parlament sichern. Gleichzeitig sehen sich die Parteiführer:innen von Butun Strafverfolgung von Seiten des Staates ausgesetzt (gegen Madumarow wird wegen des Verdachtes auf Verrat ermittelt, nachdem er 2009 ein umstrittenes grenzfragenbezogenes Protokoll mit Tadschikistan unterzeichnet haben soll; die Parteiführerin Orozaiym Narmatova wurde wegen angeblich gefälschter Universitätszertifikate vom Staatlichen Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB) verhört).

In der Vergangenheit haben von schwacher Opposition geprägte Phasen zu Verwerfungen innerhalb der herrschenden Elite geführt. Es bleibt abzuwarten, ob das Gerüchten zufolge angespannte Verhältnis zwischen Präsident Dschaparow und seinem alten Weggefährten und aktuellem GKNB-Vorsitzenden Kamtschibek Taschijew politische Auswirkungen haben wird. Beide verfügen über loyale Parteien im Parlament. Wie sie ihre wechselseitigen Beziehungen gestalten werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht sagen.

Drittens wurde die Rolle politischer Parteien durch die geänderte Wahlgesetzgebung geschwächt. Sie konkurrieren nun um insgesamt 54 Parlamentssitze, während die restlichen 36 Sitze über Direktmandate in Einzelwahlkreisen vergeben werden. Das neue Gesetz hat außerdem offene Parteilisten etabliert, die den Wähler:innen ermöglichen, nicht nur für eine Partei, sondern auch für ihre bevorzugten Parteimitglieder zu stimmen. Dadurch soll der Einfluss der Wähler:innen auf bisher intransparente Parteientscheidungen erhöht werden. Trotzdem schwächt das neue Wahlgesetz, wenn auch unbeabsichtigt, die Institutionalisierung von Parteien, die in diesem Rahmen nicht mehr sind als Ad-hoc-Allianzen für um Sitze im Parlament ringende Kandidat:innen.

Kirgistan startet also mit einem starken Präsidentsystem und einem Präsidenten, der faktisch alle staatlichen Machtbereiche kontrolliert, in das neue Jahr 2022. Die Regierung hält an ihrer nationalistisch-populistischen Rhetorik fest und ist auch bereit diese in die Tat umzusetzen, wie zu sehen am Fall der Kumtor-Goldmine, die im Mai 2021 unter staatliche Kontrolle gestellt wurde. Zwar kam der Schritt bei den Wähler:innen gut an, hat Kirgistan jedoch in ein internationales Schiedsgerichtsverfahren verwickelt, während die wirtschaftlichen Implikationen der Übernahme noch unklar sind. Ähnlich unklar sind die Aussichten der großen Wirtschaftsagenda, deren von der Regierung erklärtes Ziel

es ist, die Wirtschaft aus dem Schattenbereich zu holen. Angesichts der riesigen informellen Wirtschaft und der düsteren ökonomischen Lage wird dieses Ziel, so vernünftig es auch sein mag, die Regierung vor enorme Herausforderungen stellen. Die kommenden Jahre wer-

den zeigen, was die 2021 abgeschlossene Regimetransformation gebracht hat und ob das neue politische System wirtschaftliche Erfolge aufweisen kann.

Aus dem Englischen von Armin Wolking

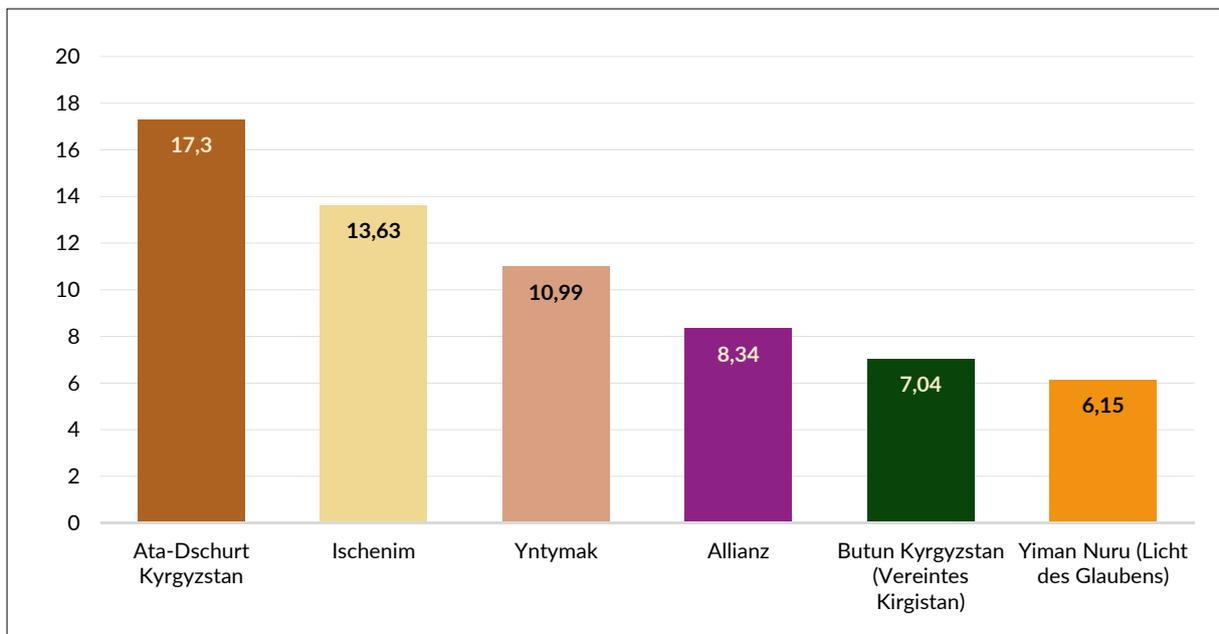
Über den Autor

Dr. *Shairbek Dzhuraev* ist Mitbegründer und Präsident von Crossroads Central Asia, einem in Bischkek ansässigen Forschungsinstitut. Er ist zudem Postdoktorand der Volkswagenstiftung an der OSZE-Akademie in Bischkek, deren stellvertretender Direktor er zuvor war. Er war ebenfalls Dekan für akademische Entwicklung an der American University of Central Asia. Er ist Mitglied von PONARS Eurasia, der Beratungsgruppe des Europe-Central Asia Monitoring (EUCAM) und des European Neighbourhood Council. Seine Forschungsinteressen umfassen politische Regime, internationale Beziehungen und Außenpolitikgestaltung in Zentralasien. Er hält einen Doktor von der University of St. Andrews und einen Master of Science von der London School of Economics and Political Science (LSE), jeweils im Fach Internationale Beziehungen.

DOKUMENTATION

Endergebnis der Parlamentswahl in Kirgistan vom 28. November 2021

Grafik 1: Stimmenanteile der Parteien, die über die Listenwahl ins Parlament eingezogen sind (in %)



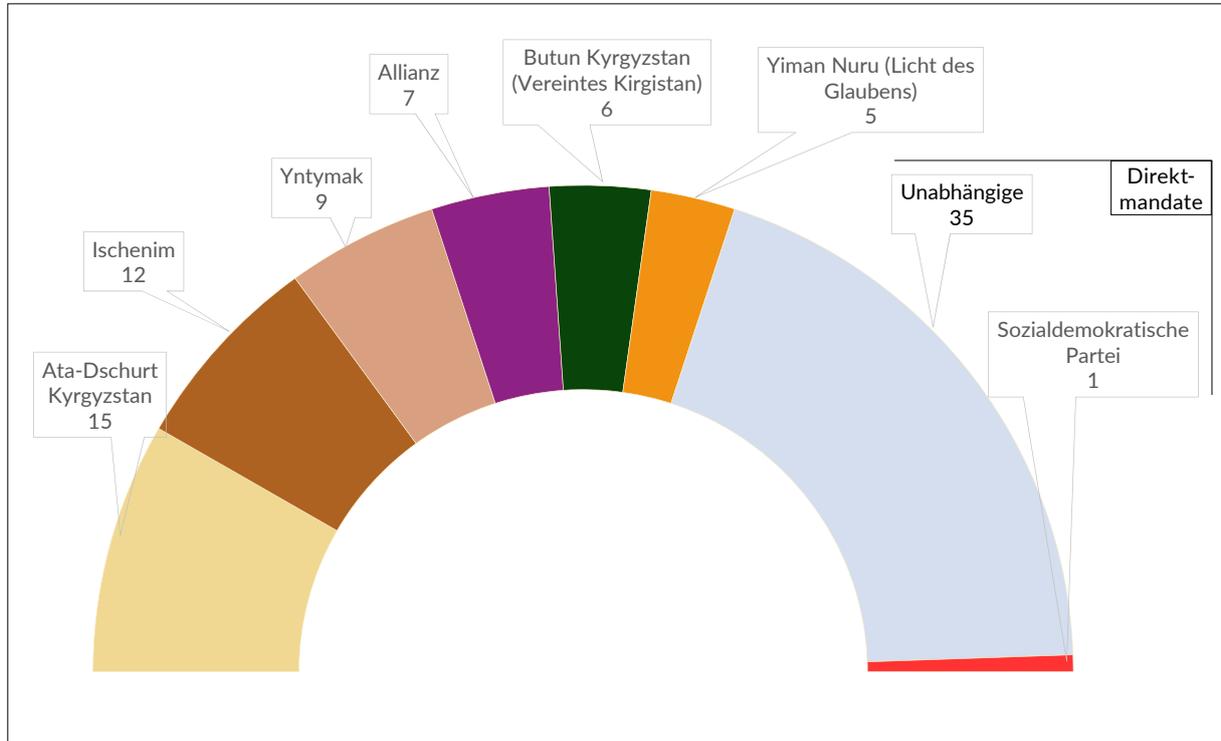
Quelle: AKIPress, <https://akipress.org/elections/parlament2021/results-united/reg:99/?hl=ru&place=bottom-link>, zuletzt aufgerufen am 16.01.2022

Tabelle 1: Endergebnis der Parlamentswahl in Kirgistan vom 28. November 2021 (nur Listenwahl)

Partei	Stimmen (Manuelle Auszählung)	%	Mandate
Ata-Dschurt Kyrgyzstan	223.892	17,3	15
Ischenim	176.382	13,63	12
Yntymak	142.267	10,99	9
Allianz	107.859	8,34	7
Butun Kyrgyzstan (Vereintes Kirgistan)	91.111	7,04	6
Yiman Nuru (Licht des Glaubens)	79.557	6,15	5
El Umutu	58.215	4,5	-
Demokratische Partei »Asattyk«	52.666	4,07	-
Sozialistische Partei »Ata Meken«	46.209	3,57	-
Sozialdemokraten	41.205	3,18	-
Uluttar Birimdigi	31.692	2,45	-
Demokratische Partei »Mekentshil El«	20.631	1,59	-
Liberaldemokratische Partei Kirgistans »Bagyt«	12.708	0,98	-
Patriotische Partei der Einheit Kirgistans	12.473	0,96	-
Uluu-Dschurt	9.452	0,73	-
Kutschtuu region (Starke Region)	8.239	0,64	-
Politische Partei »Legalise«	8.072	0,62	-
Ordo (Zentrum)	5.980	0,46	-
Partei der Würde des Volkes »Aruusat«	5.931	0,46	-
Dschaschasyn Kyrgyzstan (Lang lebe Kirgistan)	5.660	0,44	-
Grüne Partei Kirgistans	5.302	0,41	-
Gegen Alle	28.207	2,18	-
Gültige Stimmen	1.173.710	90,69	-
Ungültige Stimmen / Leerstimmen	120.236	9,31	-
Abgegebene Stimmen Insgesamt / Gesamtmandate der Listenwahl	1.293.946	100	54
Wahlberechtigte / Wahlbeteiligung	3.703.420	34,94 	-

Quelle: AKIPress, <https://akipress.org/elections/parlament2021/results-united/reg:99/?hl=ru&place=bottom-link>, zuletzt aufgerufen am 16.01.2022

Grafik 2: Sitzverteilung im Parlament Kirgistans nach der Wahl vom 28. November 2021 (Listen- und Direktmandate)



Quelle: AKIPress, <https://akipress.org/elections/parlament2021/results-united/reg:99/?hl=ru&place=bottom-link>, zuletzt aufgerufen am 16.01.2022

09. Dezember 2021 – 05. Februar 2022

Kasachstan

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Rostam Onsori und Richard Schmidt

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

20.12.2021	Präsident Tokajew entlässt Gesundheitsminister Alexei Tsoi, laut diesem auf eigenen Wunsch hin.
25.12.2021	Handels- und Integrationsminister Bachyt Sultanow wird in Kabul vom »Industrie- und Handelsminister« der Taliban, Nooruddin Asisi, und dem stellvertretenden Taliban-»Premierminister« Abdul Salam Hanafi zu Gesprächen empfangen. Laut Sultanow wolle Kasachstan den Handel mit Südasien via Afghanistan ausbauen.
29.12.2021	Präsident Tokajew unterzeichnet das Gesetz zur vollständigen Abschaffung der Todesstrafe. Die in der ursprünglichen vom Parlament verabschiedeten Fassung erhaltene Ausnahme für schwere Kriegsverbrechen wurde am 23.12.2021 vom Senat kassiert.
2.1.2022	In Dschanaösen (Gebiet Mangistau) demonstrieren mehrere Hundert Personen für eine Halbierung des seit Jahresbeginn gestiegenen Flüssiggaspreises von 120 auf 60 Tenge pro Liter. Die staatliche Subventionierung von Flüssiggas wurde am 1.1.2022 eingestellt.
3.1.2022	In mehreren Städten des Gebietes Mangistau demonstrieren jeweils mehrere Hundert bis mehrere Tausend Personen (ca. 6.000 in Aktau) für die Reduzierung des Flüssiggaspreises. Auf mehreren Kundgebungen wird der Rücktritt der Regierung und des Gebietsgouverneurs Nurlan Nogajew gefordert. Bei spontanen unangemeldeten Solidaritätskundgebungen in mehreren Städten des Landes werden insgesamt über 70 Personen festgenommen.
3.1.2022	Präsident Tokajew bildet eine Regierungskommission unter Vorsitz von Premierminister Askar Mamin, die ein Maßnahmenpaket zur Umsetzung von Gaspreissenkungen erarbeiten soll.
4.1.2022	Mitglieder der am Vortag gebildeten Regierungskommission geben gegenüber Demonstrant:innen in Aktau die staatlich verordnete Senkung der Gaspreise auf 50 Tenge pro Liter bekannt. Demonstrant:innen, die sich an unangemeldeten Versammlungen beteiligt haben, sollen demnach nicht strafrechtlich belangt werden.
4.1.2022	Laut eigenen Angaben wurden die Websites der Nachrichten-Outlets Orda.kz und KazTAG wegen der angeblichen Verbreitung von Falschmeldungen über Polizeigewalt gegen Demonstrant:innen vom Ministerium für Informationen und soziale Entwicklung gesperrt. Tengrinews ist ebenfalls nicht aufrufbar.
4.1.2022	In Almaty findet aus Solidarität mit den Demonstrant:innen im Gebiet Mangistau eine unangemeldete Kundgebung mit ca. 5.000 Teilnehmer:innen statt. Die Polizei setzt Tränengas und Blendgranaten gegen die Menge ein, mindestens 100 Personen werden festgenommen. Laut NetBlocks kommt es landesweit zu Internetstörungen.
4.1.2022	Präsident Tokajew verhängt einen bis zum 19.1.2022 gültigen Ausnahmezustand über Almaty und das Gebiet Mangistau. Almaty und Mangistau werden abgeriegelt, die Bewegungsfreiheit eingeschränkt sowie politische und kulturelle Veranstaltungen und Versammlungen verboten.
5.1.2022	In mehreren Städten und Gebieten des Landes finden zunächst friedliche (ca. 20.000 Teilnehmer:innen in Almaty), später auch von Ausschreitungen begleitete Massenproteste statt, bei denen es teilweise zur Stürmung und Besetzung von Regierungsgebäuden durch Demonstrant:innen kommt. Laut NetBlocks herrscht ein landesweiter Internet-Blackout.
5.1.2022	Nach einem Rücktrittsgesuch von Premierminister Mamin löst Präsident Tokajew die Regierung auf. Der bisherige erste stellvertretende Premierminister Alichan Smailow wird zum kommissarischen Premierminister ernannt. Tokajew entlässt den Vorsitzenden des Komitees für Nationale Sicherheit (KNB), Karim Masimow, und ersetzt diesen durch den früheren Chef seines Präsidialsicherheitsdienstes, Ermek Sagimbajew.
5.1.2022	In Almaty kommt es zu massiven Ausschreitungen, Sachbeschädigungen und Plünderungen. Das Rathaus, das Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft und die Parteizentrale von Nur-Otan werden gestürmt und in Brand gesteckt. Unbekannte Personen besetzen kurzzeitig den Flughafen von Almaty, bei dessen Zurückeroberung laut TASS zwei Mitglieder einer Antiterrorereinheit getötet werden.
5.1.2022	In Taldykorgan (Gebiet Almaty) stürzen Demonstrant:innen eine Statue des Ersten Präsidenten Nursultan Nasarbajew und rufen dabei u. a. »Schal, ket!« (etwa »Hau ab Alter!«). Am selben Tag gibt Präsident Tokajew den Rücktritt Nasarbajews vom Vorsitz des Nationalen Sicherheitsrates bekannt, der ab sofort ebenfalls von Tokajew bekleidet wird.
5.1.2022	Laut Präsident Tokajew seien »im Ausland ausgebildete Terroristen mit internationaler Unterstützung« für die gewaltvollen Proteste im Land verantwortlich. Er habe demnach bei der CSTO um Hilfe »zur Überwindung der terroristischen Gefahr« gebeten. Gegen Protestierende plane er »so hart wie möglich vorzugehen«.
5.1.2022	Nach einem Telefonat mit Tokajew gibt der armenische Premierminister und aktuelle Vorsitzende des Kollektiven Sicherheitsrates, Nikol Paschinjan, bekannt, dass die CSTO angesichts »der Gefahren für die nationale Sicherheit Kasachstans infolge externer Interventionen« und gemäß der Bündnisverpflichtung laut Artikel 4 der CSTO-Charta 2.500 »Friedenstruppen« nach Kasachstan entsenden werde, um »die Situation zu normalisieren und zu stabilisieren«.

5.1.2022	Laut TASS beginnt in der Nacht vom 5. auf den 6.1.2022 eine »Antiterror-Spezialoperation« im Zentrum von Almaty, wobei es demnach zu Feuergefechten zwischen Armee und Sicherheitskräften auf der einen und bewaffneten Personen auf der anderen Seite kommt.
6.1.2022	Laut dem CSTO-Sekretariat wird das 1.850 Soldaten umfassende russische Truppenkontingent der »Friedensmission« aktuell per Luftbrücke nach Kasachstan verlegt. Demnach stünde bei der Mission der Schutz strategisch wichtiger Objekte im Vordergrund.
6.1.2022	Laut Fergana Agency hat die Regierung Preisobergrenzen für Gas, Benzin und Diesel für die kommenden 180 Tage festgelegt.
6.1.2022	Laut Vlast.kz wurden allein in Almaty bisher über 2.000 Personen festgenommen. Laut Innenministerium sind 13 Sicherheitskräfte getötet und weitere 353 verletzt worden. Laut unbestätigter und nicht auf eine genaue Quelle zurückführbare Information sind mindestens 30 Zivilisten getötet worden.
6.1.2022	Die EU sowie die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreiches rufen alle Seiten zur Zurückhaltung und Deeskalation auf, während das Recht auf friedliche Versammlung gewahrt bleiben müsse. In einem Telefonat mit Außenminister Mughtar Tileuberdi bringt US-Außenminister Antony Blinken die »volle Unterstützung der USA für die verfassungsmäßigen Institutionen Kasachstans« zum Ausdruck.
6.1.2022	Das russische Außenministerium äußert die »Hoffnung auf eine Lösung im verfassungsmäßigen Rahmen statt durch Straßenunruhen und Gesetzesverstöße.« Bei der Situation handle es sich »um einen von außen angestifteten Versuch, die Sicherheit und Integrität des Staates Kasachstan gewaltsam zu untergraben.«
6.1.2022	Laut einem Pressesprecher des chinesischen Außenministeriums hoffe die Volksrepublik auf eine baldige Stabilisierung der Situation.
6.1.2022	Das Außenministerium Usbekistans zeigt sich in einer Stellungnahme »besorgt über die Ereignisse im brüderlichen Kasachstan«. Der kirgisische Grenzdienst gibt bekannt die Lage in Kasachstan zu beobachten und »im Falle einer Verschärfung [...] geeignete Maßnahmen zu ergreifen.«
6.1.2022	Der OSZE-Vorsitzende und polnische Außenminister Zbigniew Rau fordert ein Ende der Gewalt und Dialogbereitschaft von allen Seiten.
7.1.2022	In einer Ansprache gibt Präsident Tokajew die »grundlegende Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in allen Regionen« bekannt; das Internet soll landesweit wiederhergestellt und der Ausnahmezustand schrittweise aufgehoben werden; allen Sicherheitskräften sei die ohne Vorwarnung mögliche Anwendung tödlicher Maßnahmen gegen bewaffnete Personen gestattet worden, »bis zur vollständigen Vernichtung der Militanten«. Laut Tokajew haben »freie Medien« und »ausländische Persönlichkeiten« der »Verletzung von Recht und Ordnung« »Beihilfe« geleistet. Almaty sei von »20.000 Banditen und Terroristen« angegriffen worden.
7.1.2022	Laut dem Innenministerium wurde der Platz der Republik, der Hauptschauplatz von Ausschreitungen die Tage zuvor, »von kriminellen Elementen gesäubert.« Insgesamt wurden demnach in Almaty 26 »bewaffnete Kriminelle« »liquidiert« und über 3.000 Personen festgenommen.
8.1.2022	Laut KNB wurde der ehemalige KNB-Vorsitzende Masimow bereits am 6.1.2022, einen Tag nach seiner Entlassung, wegen des Verdachtes auf Hochverrat festgenommen.
8.1.2022	Laut dpa hat die deutsche Bundesregierung den Export von Rüstungsgütern nach Kasachstan gestoppt. 2021 wurden deutsche Rüstungsgüter im Gesamtwert von 2,2 Mio. Euro nach Kasachstan exportiert.
10.1.2022	In einer Ansprache an die CSTO gibt Präsident Tokajew eine Beruhigung der Lage bekannt. Demnach seien die Ereignisse der letzten Woche das Ergebnis einer »terroristischen Aggression«, die einen »Staatsstreich« zum Ziel hatte. Die CSTO-Mission werde bald zusammen mit den andauernden »Anti-Terror-Operationen« auslaufen. Er wolle Beweise für den »Angriff von Terroristen auf Almaty und 11 weitere Gebiete des Landes« vorlegen.
10.1.2022	Laut Innenministerium wurden insgesamt 7.939 Personen festgenommen, davon ca. 300 an der Grenze beim Versuch das Land zu verlassen. Laut KazTag wurden mit Verweis auf das Gesundheitsministerium insgesamt 164 Personen getötet, darunter drei Kinder. Die meisten Todesopfer gab es demnach in Almaty, 103.
10.1.2022	Laut dem internationalen Dienst von RFE/RL wurde die Internetverbindung in den meisten Gebieten, mit sporadischen Unterbrechungen, wiederhergestellt.
10.1.2022	Laut dem CSTO-Generalsekretär Stanislaw Zas sind CSTO-»Friedenstruppen« u. a. in Nur-Sultan, Almaty und dem Gebiet Almaty stationiert. Ziel sei der Schutz staatlicher und militärischer Objekte. Das Einsatzkommandozentrum wurde in Almaty eingerichtet.

11.1.2022	Präsident Tokajew unterzeichnet das Dekret über die Zusammensetzung der neuen Regierung. Zuvor hat das Parlament Tokajews Vorschlag zur Zusammensetzung der neuen Regierung unter Vorsitz des ehemaligen stellvertretenden Premierministers Alichan Samilow zugestimmt. 13 der 20 Minister:innen waren bereits Teil der am 5.1.2022 aufgelösten Vorgängerregierung.
11.1.2022	Laut Präsident Tokajew werden die CSTO-Truppen im Land angesichts der wiederhergestellten Ordnung innerhalb der kommenden 10 Tage wieder aus Kasachstan abziehen.
11.1.2022	Laut Präsident Tokajew seien »unter dem Ersten Präsidenten [Nursultan Nasarbajew] sehr lukrative Firmen und unter internationalen Standards sehr reiche Personen in Kasachstan aufgetaucht.« Es sei nun an der Zeit zu schauen, wie diese Firmen zum neu einzurichtenden Sozialfonds »Kasachstan chalkyna« (»Für das Volk Kasachstans«) beitragen können. Der Fonds soll sich mit der Lösung von Problemen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Unterstützung befassen.
11.1.2022	Laut mehrerer Medien, die sich auf das Innenministerium berufen, ist die Zahl der Festgenommenen auf 9.900 Personen gestiegen. In Almaty wurden demnach 31 Schusswaffen und 1.428 Schuss Munition beschlagnahmt. Insgesamt wurden 300 Strafermittlungsverfahren wegen des Verdachtes auf Beteiligung an Unruhen und Angriffen auf Beamte eingeleitet.
11.1.2022	In einer öffentlichen Stellungnahme des Hohen Kommissars der UN für Menschenrechte werden die kasachstanischen Behörden und Sicherheitskräfte zur Einstellung ihrer Anwendung tödlicher Gewalt aufgefordert. Man zeige sich tief besorgt über Präsident Tokajews Befehl zur Anwendung tödlicher Gewalt. Außerdem wird die inakurate und willkürliche Bezeichnung von Demonstrierenden als »Terroristen« kritisiert.
12.1.2022	Laut Behörden wurden in den letzten 24 Stunden weitere 1.678 Personen festgenommen, womit sich die Gesamtzahl der festgenommenen Personen auf mehr als 11.500 Personen erhöht.
12.1.2022	Präsident Tokajew empfängt den CSTO-Generalsekretär Zas in Nur-Sultan zu Gesprächen. Tokajew dankt Zas für dessen persönlichen Beitrag zur Ermöglichung des »Friedenseinsatzes« in Kasachstan und der CSTO für ihre Unterstützung generell. Laut Tokajew habe die Situation den »politisch-militärischen Wert« und die Wirksamkeit der Organisation verdeutlicht.
12.1.2022	In einer öffentlichen Stellungnahme kritisiert Amnesty International die kasachstanischen Behörden für die Zurückhaltung von Informationen über zivile Todesopfer der Unruhen. Die von KazTAG veröffentlichte Zahl von 164 zivilen Todesopfern wurde zuvor vom Gesundheitsministerium dementiert, ohne eine Zahl zur Berichtigung zu nennen.
13.1.2022	Laut dem Kommandanten der CSTO-»Friedensmission« in Kasachstan wurde der Einsatz erfolgreich abgeschlossen. Laut dem russischen Verteidigungsministerium hat der Rückzug der russischen Kontingente des Einsatzes aus Kasachstan begonnen, nachdem die Verantwortung für den Schutz strategischer Objekte an kasachstanische Sicherheitskräfte zurückübergeben wurde.
15.1.2022	Laut Tengrinews haben die armenischen, tadschikischen und kirgisischen Truppenkontingente der CSTO-»Friedensmission« Kasachstan wieder verlassen.
15.1.2022	Laut dem Leiter der Strafverfolgungsbehörde der Generalstaatsanwaltschaft, Serik Schalabajew, wurden während der Unruhen insgesamt 225 Personen getötet, darunter »bewaffnete Banditen« und Zivilisten, die demnach von ersteren getötet wurden, sowie 19 Polizisten und Soldaten. Weitere 4.353 Personen wurden demnach verletzt, darunter 3.393 Mitglieder von Exekutivbehörden.
15.1.2022	Laut Fergana Agency wurden die Vorstandsvorsitzenden der Pipelinebetreiberfirmen KazTransOil, Dimasch Dosanow, und QazaqGas (ehemals KazTransGas), Kairat Scharipbajew, durch die jeweiligen Vorstände von ihren Posten entlassen. Bei beiden handelt es sich um Schwiegersöhne des Ersten Präsidenten Nasarbajew.
17.1.2022	Die Nationale Kammer der Unternehmer Kasachstans, Atameken, gibt den Rücktritt ihres Vorsitzenden Timur Kulibajew bekannt. Bei Kulibajew handelt es sich ebenfalls um einen Schwiegersohn des Ersten Präsidenten Nasarbajew.
17.1.2022	Der Präsidialpressedienst gibt bekannt, dass der Neffe des Ersten Präsidenten Nasarbajew, Samat Abisch, auf Anordnung von Präsident Tokajew von seinem Posten als stellvertretender KNB-Vorsitzender entlassen wurde. Laut KNB war Abisch bereits seit dem 13.1.2022 beurlaubt.
18.1.2022	In einer öffentlichen Videoansprache äußert der Erste Präsident Nasarbajew, dass »die organisierten Unruhen und Angriffe auf Kasachstan das Ziel verfolgten, die Integrität und Grundlagen des Staates zu zerstören.« Es sei nun wichtig herauszufinden, wer die »Pogrome und Morde« organisiert hat. Bei Spekulationen um mögliche Konflikte innerhalb der Elite handele es sich demnach um »unbegründete Gerüchte«, Tokajew habe seit 2019 die volle Macht.

19.1.2022	Präsident Tokajew entlässt Verteidigungsminister Murat Bektanow und ersetzt diesen durch den bisherigen stellvertretenden Innenminister und Oberbefehlshaber der Nationalgarde, Ruslan Dschaksylykow.
19.1.2022	Laut dem kasachstanischen Botschafter in den USA, Jerdshan Aschikbajew, haben alle ausländischen Truppen, die im Rahmen der CSTO-»Friedensmission« eingesetzt wurden, Kasachstan wieder verlassen.
19.1.2022	Das Parlament verabschiedet eine Verfassungsänderung, die dem Ersten Präsidenten Nasarbajew das Recht auf lebenslangen Vorsitz des Nationalen Sicherheitsrates und der Versammlung des Volkes von Kasachstan entzieht.
19.1.2022	In den Gebieten Atyrau, Dschambyl, Kysylorda und Mangistau sowie den Städten Nur-Sultan und Almaty endet der Ausnahmezustand, womit dieser auch landesweit endet.
20.1.2022	Laut den veröffentlichten Ergebnissen einer Untersuchung des Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) und Vlast.kz verfügt der Erste Präsident Nasarbajew über ein Vermögen in Höhe von 8 Mrd. US-Dollar, das über ein Netzwerk von Wohltätigkeitsstiftungen kontrolliert wird.
20.1.2022	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in welcher der Hohe EU-Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik sowie die EU-Mitgliedstaaten dazu aufgerufen werden, Druck auf kasachstanische Behörden auszuüben, um eine transparente, überparteiliche und unter internationaler Aufsicht stehende Untersuchung der jüngsten Fälle von tödlicher Gewalt gegen friedliche Demonstrant:innen zu gewährleisten.
21.1.2022	In einer öffentlichen Stellungnahme bezeichnet das Außenministerium die am Vortag verabschiedete Resolution des EU-Parlamentes als »nicht nur voreingenommen, sondern ebenfalls auf befangenen Meinungen und Vorannahmen beruhend.« Die Verabschiedung einer derartigen Resolution vor der Veröffentlichung der Ergebnisse der von der kasachstanischen Regierung eingeleiteten Untersuchung sei inakzeptabel und gefährde die Umsetzung politischer Reformen.
25.1.2022	In Almaty und weiteren Städten und Gebieten im Süden des Landes sowie weiten Teilen Kirgistans und Usbekistans kommt es zu massiven Stromausfällen. Insgesamt sind in allen drei Ländern über fünf Millionen Menschen betroffen. Als Grund nennt das kasachstanische Energieministerium die außerplanmäßige Unterbrechungen der Nord-Süd-Hauptstromleitung nach einem plötzlichen Spannungsabfall im Zentralasiatischen Energiesystem (CAPS), dessen Ursache bisher unbekannt ist.
25.1.2022	Präsident Tokajew nimmt am Online-Gipfeltreffen »Zentralasien-China« teil, zu dem der chinesische Präsident Xi Jinping anlässlich von 30 Jahren diplomatischer Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik und den zentralasiatischen Staaten eingeladen hat. Laut Xi unterstützt China nachdrücklich die Bemühungen der kasachstanischen Staatsführung, »die Gewalt zu beenden und die Situation zu stabilisieren.«
26.1.2022	In einer öffentlichen Stellungnahme fordert Human Rights Watch (HRW) die kasachstanischen Behörden zur vollständigen Untersuchung aller Fälle auf, in denen Sicherheitskräfte während der Unruhen willkürlich, exzessiv und ungerechtfertigt Festnahmen vorgenommen oder tödliche Gewalt angewendet haben.
27.1.2022	Der Senat billigt die vom Parlament am 19.1.2022 verabschiedete Verfassungsänderung hinsichtlich der Kompetenzen des Ersten Präsidenten. Der Senat ergänzt die Änderung um den Punkt, dass die Hauptausrichtung der kasachstanischen Innen- und Außenpolitik nicht mehr mit dem Ersten Präsidenten koordiniert werden muss.
27.1.2022	Präsident Tokajew nimmt am ersten Online-Gipfeltreffen »Indien-Zentralasien« teil, wobei u. a. die Lage in Afghanistan im Zentrum der Gespräche steht. Die fünf zentralasiatischen Staatsoberhäupter und der indische Premierminister Narendra Modi einigen sich auf die Einrichtung von zwei gemeinsamen Arbeitsgruppen, eine zur Bereitstellung von humanitärer Hilfe für Afghanistan, die andere zur Entwicklung des iranischen Hafens Tschabahar.
28.1.2022	Präsident Tokajew wird auf dem 21. außerordentlichen Nur-Otan-Parteitag einstimmig zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Tokajew hatte das Amt bereits im November 2021 kommissarisch vom Ersten Präsidenten Nasarbajew übernommen. Die ehemalige Senatsvorsitzende und älteste Tochter des Ersten Präsidenten Nasarbajew, Dariga Nasarbajewa, wird nicht erneut als Mitglied für den politischen Rat der Partei gewählt.
28.1.2022	Laut der Kazakhstan Electricity Grid Operating Company (KEGOC) ist der großflächige Stromausfall in Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan am 25.1.2022 das Resultat eines Unfalls im usbekischen Gaskraftwerk Syrdarja gewesen, das demnach an diesem Tag nach einem Kurzschluss notabgeschaltet werden musste.
29.1.2022	In einem Interview mit dem staatlichen TV-Sender Chabar 24 spricht sich Präsident Tokajew gegen eine internationale Untersuchung der Unruhen im Januar aus. Außerdem wolle er verfassungsgemäß für maximal zwei Amtszeiten an der Macht bleiben und an einem unbestimmten Punkt in der Zukunft aus der Regierungspartei Nur-Otan austreten.
3.2.2022	Laut dem Außenministerium wurden als Reaktion auf die Stellungnahme von HRW vom 26.1.2022 98 Strafermittlungsverfahren wegen des Verdachtes auf unverhältnismäßige Gewaltanwendung, illegale Festnahmen und Verletzung der Menschenrechte von Festgenommenen eingeleitet.

4.2.2022	Präsident Tokajew nimmt in Beijing an der Eröffnungszeremonie der Olympischen Winterspiele 2022 teil. Bei bilateralen Gesprächen am Folgetag dankt Tokajew seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping für dessen »Bemühungen, die Situation in Kasachstan zu stabilisieren« sowie »die Bereitschaft, Kasachstan Hilfe und Unterstützung beim Aufbau eines neuen Kasachstan zu gewährleisten.«
----------	--

Kirgistan

9.12.2021	Nach Unregelmäßigkeiten bei der automatischen Stimmenauszählung nach der Parlamentswahl am 28.11.2021 gibt die Zentrale Wahlkommission (CEC) bekannt, die Stimmen in mindestens neun Einzelwahlkreisen erneut auszuzählen.
10.12.2021	Präsident Dschaparow nimmt an einer Online-Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates teil. Der Rat beschließt u. a. die Deklaration und den Transport von Eilgut zu vereinfachen. Laut Dschaparow übernimmt Kirgistan 2022 den EAEU-Vorsitz.
10.12.2021	Laut dem Staatlichen Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB) wurde bereits am 8.12.2021 in Bischkek eine Person festgenommen, die verdächtigt wird am Terroranschlag auf einen Nachtclub in Istanbul am 1.1.2017 beteiligt gewesen zu sein. Bei dem Anschlag, zu dem sich der IS bekannte, wurden 39 Personen getötet und Dutzende weitere verletzt.
13.12.2021	Die Regierung gründet die zu 100 % staatliche Beteiligungsgesellschaft »Das Erbe der Großen Nomaden«, die eine integrierte Struktur zur Verwaltung von mineralischen Ressourcen und der Implementierung von Bergbauprojekten schaffen soll.
14.12.2021	Ex-Präsident Askar Akajew ist erneut aus Moskau nach Bischkek gereist, laut GKNB um freiwillig zur Ermittlungsarbeit im Korruptionsfall um die Kumtor-Goldmine (Gebiet Issykl-Kul) beizutragen. Akajew war im August das erste Mal seit seiner Entmachtung 2005 nach Kirgistan gereist, um im Kumtor-Fall auszusagen.
16.12.2021	Die UNESCO nimmt die World Nomad Games in die Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit auf.
19.12.2021	Am Rande des Zentralasien-Indien-Dialoges in Neu-Delhi führt Außenminister Ruslan Kasakbajew bilaterale Gespräche mit seinem indischen Amtskollegen Subrahmanyam Jaishankar. Laut Jaishankar habe Indien ein Interesse daran, die Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten und Indien auf ein neues Niveau zu heben.
20.12.2021	Laut 24.kg hat Ex-Präsident Akajew Kirgistan wieder Richtung Moskau verlassen. Laut einem Vertrauten Akajews wurden sämtliche Anklagen im Kumtor-Fall gegen Akajew fallengelassen.
21.12.2021	Das GKNB dementiert die Aussagen des Vertrauten von Ex-Präsident Akajew, laut denen alle Anklagen gegen Akajew fallengelassen wurden. Demnach halten die Ermittlungen gegen Akajew an, Akajews Wiederausreise wurde im Gegenzug für seine Mithilfe an den Ermittlungen vorher mit diesem abgemacht.
25.12.2021	Präsident Dschaparow ordnet die Umbenennung der nahe der tadschikischen Grenze gelegenen Stadt Isfana (ein Name vermutlich sogdischen/ost-mitteliranischen Ursprungs, Gebiet Batken) in »Razzakow« an. Ischak Razzakow war von 1950 bis 1961 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Kirgisischen SSR.
29.12.2021	Die Abgeordneten des siebten nationalen Einkammerparlamentes Dschogorku Kenesch werden vereidigt.
5.1.2022	Laut dem kirgisischen Dienst von RFE/RL hat Tadschikistan 50 kirgisische Staatsbürger:inne ohne Angabe von Gründen des Landes verwiesen.
7.1.2022	Das Parlament stimmt für die Teilnahme kirgisischer Soldaten an der CSTO-»Friedensmission« in Kasachstan. Laut dem stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden und GKNB-Vorsitzenden Kamtschibek Taschijew werden sich 150 kirgisische Soldaten an dem Einsatz beteiligen. Laut Taschijew diene die Mission allein dem Schutz strategisch wichtiger Objekte.
7.1.2022	Das Kulturministerium entzieht mehreren TV-Sendern wegen zu wenig kirgisischsprachigen Inhalten die Sende Lizenz.
13.1.2022	Das Ministerkabinett verabschiedet den Aktionsplan zur Umsetzung des Nationalen Entwicklungsprogramms bis 2026, das u. a. ein Wirtschaftswachstum um 5 %, ein durchschnittliches BIP pro Kopf von 1.500 US-Dollar, die Senkung der Arbeitslosigkeit um 5 % und der Armut um 20 % anstrebt.
13.1.2022	Laut dem Verteidigungsministerium kehren die kirgisischen Truppenkontingente der in Kasachstan implementierten CSTO-»Friedensmission« am 14.1.2022 nach Kirgistan zurück.
14.1.2022	Laut TASS haben kirgisische Truppen, die an der CSTO-»Friedensmission« in Kasachstan teilgenommen haben, ihren Haupteinsatzort Almaty Richtung Kirgistan verlassen.
17.1.2022	Laut GKNB wurde der Vorsitzende des Staatlichen Grenzschutzdienstes, Adilet Kubanytschbekow, wegen des Verdachtes auf Korruption festgenommen. Kubanytschbekow hatte den Posten im Oktober 2021 übernommen.
20.1.2022	Laut der russischen staatlichen Atomenergiefirma ROSATOM hat man sich am Rande der EXPO 2020 (2021) in Dubai mit dem kirgisischen Energieministerium auf den Bau eines kleinen Atomkraftwerkes mit geringer Leistung in Kirgistan geeinigt.

22.1.2022	Der Investigativjournalist Bolot Temirow wird in Bischkek wegen des Verdachtes auf Herstellung von illegalen Drogen festgenommenen. Bei seiner Festnahme ruft er anwesenden Journalist:innen zu, dass ihm die angeblich bei ihm gefundenen Drogen von der Polizei untergeschoben wurden.
25.1.2022	In Bischkek, Osch und Dschalalabad sowie den Gebieten Issyk-Kul, Batken, Tschui und Talas kommt es nach der außerplanmäßigen Unterbrechung einer Hauptstromleitung in Kasachstan zu massiven Stromausfällen. Laut der Nationalen Energie-Holding würden Kraftwerke nach deren Notabschaltung langsam wieder hochgefahren, jedoch vorerst nicht wieder mit dem Netz der anderen zentralasiatischen Staaten verbunden.
25.1.2022	Präsident Dschaparow nimmt am Online-Gipfeltreffen »Zentralasien-China« teil, zu dem der chinesische Präsident Xi Jinping anlässlich von 30 Jahren diplomatischer Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik und den zentralasiatischen Staaten eingeladen hat. Laut Dschaparow sollte der Bau der Eisenbahn China-Kirgistan-Uzbekistan das Flaggschiffprojekt der Belt-and-Road-Initiative (BRI) werden.
26.1.2022	Laut Energieminister Doskul Bekmursajew wurde die Energieversorgung landesweit wiederhergestellt.
26.1.2022	Die Regierung erlässt ein sechsmonatiges Verbot für die Ausfuhr von Medikamenten und medizinischen Produkten.
27.1.2022	Präsident Dschaparow nimmt am ersten Online-Gipfeltreffen »Indien-Zentralasien« teil, wobei u. a. die Lage in Afghanistan im Zentrum der Gespräche steht. Die fünf zentralasiatischen Staatsoberhäupter und der indische Premierminister Narendra Modi einigen sich auf die Einrichtung von zwei gemeinsamen Arbeitsgruppen, eine zur Bereitstellung von humanitärer Hilfe für Afghanistan, die andere zur Entwicklung des iranischen Hafens Tschabahar.
27.1.2022	Im Gebiet Batken kommt es zu einem Feuergefecht zwischen tadschikischen und kirgisischen Grenzschutzsoldaten, nachdem die tadschikische Armee, laut kirgischem GKNB, die durch einen umstrittenen Grenzabschnitt führende Straße zwischen Isfana und Batken gesperrt hatte. Laut Notfallministerium wurden über 11.000 Personen aus dem betroffenen Grenzabschnitt evakuiert. Laut Gesundheitsministerium wurden auf kirgisischer Seite 13 Personen verletzt.
28.1.2022	Während einer Sitzung von tadschikischen und kirgisischen Offiziellen an der tadschikisch-kirgisischen Grenze einigen sich beide Seiten auf eine gemeinsame Untersuchung des Vorfalls vom Vortag. Alle von dem Gefecht betroffenen Anwohner:innen sollen in ihre Häuser zurückkehren können, sämtliche Truppen beider Staaten von dem betroffenen Grenzabschnitt zurückgezogen und sämtliche blockierte Straßen wieder freigegeben werden.
29.1.2022	Bei Gesprächen zwischen dem stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden und GKNB-Vorsitzenden Taschijew mit dem tadschikischen GKNB-Vorsitzenden Saimumin Jatimow einigen sich beide Seiten auf strikte Einhaltung der Vorgaben in zuvor vereinbarten Übereinkommen über die Delimitation und Demarkation der gemeinsamen Grenze.
2.2.2022	Die Staatsanwaltschaft von Bischkek leitet ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes auf »Kriegspropaganda« gegen Kaktus.media ein, nachdem das Outlet am 27.1.2021 einen Online-Artikel veröffentlicht hat, laut dem kirgisische Grenzsoldaten an dem Tag als erste das Feuer auf tadschikische Soldaten an der Grenze im Gebiet Batken eröffnet haben.
3.2.2022	Präsident Dschaparow ernennt den Ata-Meken-Parteivorsitzenden Omurbek Tekebajew zum neuen kirgisischen Botschafter in Deutschland.
4.2.2022	Präsident Dschaparow nimmt in Beijing an der Eröffnungszeremonie der Olympischen Winterspiele 2022 teil. Am Folgetag führt Dschaparow bilaterale Gespräche mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping, wobei eine Reihe von Dokumenten unterzeichnet werden.

Tadschikistan

10.12.2021	In Chorog werden Strafverfahren gegen Teilnehmer:innen der Kundgebungen Ende November 2021 eröffnet. Vom 25.–28.11.2021 war es in Chorog zu Unruhen und Protesten gekommen. Auslöser der Proteste war die Tötung des 29-jährigen Gulbuddin Zijobekow im Dorf Tavdem durch Sicherheitsbeamte, als diese versuchten ihn festzunehmen.
15.12.2021	Präsident Emomali Rachmon ernennt seine Tochter Ruchschona Emomali zur tadschikischen Botschafterin in London.
15.12.2021	Das parlamentarische Unterhaus (Madschlisi Namojandagon) ratifiziert ein bilaterales Auslieferungsabkommen mit Ungarn. Es handelt sich um das erste Auslieferungsabkommen zwischen einem EU-Staat und Tadschikistan.
20.12.2021	Eine Gruppe von 44 zivilen Aktivist:innen aus dem Autonomen Gebiet Berg-Badachschan (VMKB) sendet eine Videobotschaft an Rustam Emomali, Senatsvorsitzender, Präsidentensohn sowie Bürgermeister von Duschanbe. Die Aktivist:innen bemängeln u. a. einseitige Ermittlungen gegen Kundgebungsteilnehmer:innen in Chorog, ohne dass das Vorgehen der Sicherheitskräfte genügend mitberücksichtigt würde.
21.12.2021	In seiner jährlichen Botschaft an das Parlament kritisiert Präsident Rachmon u. a. das Bildungssystem des Landes scharf. Die Lehrpläne seien veraltet, neue Methoden und Technologien würden fehlen und Diplome würden »einfach so« ausgestellt.
23.12.2021	Laut Fergana Agency wurde eine Liste von 66 Kundgebungsteilnehmer:innen aus Chorog an Grenzkontrollstellen übergeben, um künftig die Ausreise dieser Personen zu unterbinden.
23.12.2021	An der tadschikisch-kirgisischen Grenze kommt es in Somonijon (Gebiet Sughd) offenbar zu nächtlichen Schusswechseln. Laut Pressedienst der tadschikischen Grenztruppen wird das Haus eines Dorfbewohners von kirgisischer Seite aus beschossen.
27.12.2021	Seit der Kundgebung in Chorog Ende November 2021 ist das Internet in weiten Teilen des Autonomen Gebietes Berg-Badachschan (VKMB) abgeschaltet. Fergana Agency berichtet, tadschikische Behörden hätten Angst vor dem Einfluss von Oppositionsgruppen aus Europa.
28.12.2021	Das Energieunternehmen Barki Tojik einigt sich mit dem afghanischen Unternehmen DABS auf den Export von Strom nach Afghanistan in 2022. Die tadschikische Führung hat seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan als einziger zentralasiatischer Staat bisher keine offiziellen Gespräche mit den neuen afghanischen Machthabern aufgenommen.
28.12.2021	Der Vorsitzende der Regierungspartei »Demokratische Partei Tadschikistans«, Usmonzoda, fordert den Beitritt Tadschikistans in die Eurasische Wirtschaftsunion (EAEU). Eine Mitgliedschaft würde u. a. die Situation von Arbeitsmigrant:innen sowie jene an der Grenze zu Kirgistan verbessern.
4.1.2022	Sieben Bewohner von Yazgulom im Bezirk Wandsch (VMKB) werden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. RFE/RL berichtet, die teilweise minderjährigen Verurteilten hätten in der Nähe von Grenzsoldaten aus einem fahrenden Auto heraus »Allah-u-Akbar« gerufen, worauf diese das Feuer eröffneten.
5.1.2022	Aus Lachschi (Der Republik unterstellte Bezirke, RRS) und Bordobo (VMKB) wird die Abschiebung von 50 kirgisischen Staatsangehörigen nach Kirgistan gemeldet. Fergana Agency zufolge würden diese dauerhaft in Tadschikistan leben, ihre Angehörigen besäßen die tadschikische Staatsangehörigkeit.
6.1.2022	Nachdem Kasachstans Präsident Tokajew die CSTO (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) um Unterstützung gebeten hatte, wird ein tadschikisches Truppenkontingent nach Kasachstan entsandt.
10.1.2022	Bei einer Online-Sondersitzung der CSTO berichtet Präsident Rachmon von 6.000 militanten Kämpfern an den Südgrenzen des Bündnisses in Nordafghanistan. Rachmon forderte die Mitgliedsstaaten auf, die Bedrohung ernst zu nehmen und entschlossen zu handeln.
10.1.2022	Auf derselben CSTO-Sondersitzung (s. o.) fordert Belarus' Machthaber Aljaksandr Lukaschenko die militärische Aufrüstung Tadschikistans.
12.1.2022	Der »Verteidigungsminister« der Taliban, Mullah Yakub, fordert Tadschikistan und Usbekistan auf, bei ihnen gelagerte Fluggeräte der ehemaligen afghanischen Armee an die Taliban zurückzugeben. Andernfalls sei mit »Folgen« zu rechnen. Einige Piloten der afghanischen Armee sind während der Machtübernahme der Taliban im August 2021 mit ihren Flugzeugen und Hubschraubern nach Tadschikistan und Usbekistan geflohen.
14.1.2022	Die am 6.1.22 im Rahmen der CSTO-»Friedensmission« entsandten tadschikischen Soldaten verlassen Kasachstan wieder, meldet TASS.
24.1.2022	Alovatshoew, ein inoffizieller Anführer der Pamiri-Diaspora in Moskau, wurde offenbar bereits am 12.1.22 inhaftiert und nach Tadschikistan abgeschoben.

25.1.2022	Präsident Rachmon nimmt am Online-Gipfeltreffen »Zentralasien-China« teil, zu dem der chinesische Präsident Xi Jinping anlässlich von 30 Jahren diplomatischer Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik und den zentralasiatischen Staaten eingeladen hat.
27.1.2022	Im Dorf Somonijon (Gebiet Sughd) kommt es erneut zu einem Grenzkonflikt. Offenbar haben kirgisische Bürger Steine auf Autos mit tadschikischen Kennzeichen geworfen, die Straße Isfara-Osch wird hierauf gesperrt. Grenzvertreter beider Länder geben die Straße nach Verhandlungen wieder frei.
27.1.2022	Präsident Rachmon nimmt am ersten Online-Gipfeltreffen »Indien-Zentralasien« teil, wobei u. a. die Lage in Afghanistan im Zentrum der Gespräche steht. Die fünf zentralasiatischen Staatsoberhäupter und der indische Premierminister Narendra Modi einigen sich auf die Einrichtung von zwei gemeinsamen Arbeitsgruppen, eine zur Bereitstellung von humanitärer Hilfe für Afghanistan, die andere zur Entwicklung des iranischen Hafens Tschabahar.
28.1.2022	Nach den Auseinandersetzungen des Vortages an der tadschikisch-kirgisischen Grenze werden nun zwei Tote und 30 verletzte Zivilisten auf tadschikischer Seite gemeldet.
29.1.2022	Bei Gesprächen zwischen dem stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden und GKNB-Vorsitzenden Kirgistans, Taschijew, mit dem tadschikischen GKNB-Vorsitzenden Saimumin Jatimow einigen sich beide Seiten auf strikte Einhaltung der Vorgaben in zuvor vereinbarten Übereinkommen über die Delimitation und Demarkation der gemeinsamen Grenze.
2.2.2022	Das Außenministerium warnt vor Reisen nach Kirgistan. Aufgrund »voreingenommener Haltungen gegen tadschikische Bürger:innen« sollten diese von Reisen dorthin absehen.
3.2.2022	Die Staatsanwaltschaft Chorog (VMKB) leitet ein Verfahren gegen Mahmadbokirow ein, einem inoffiziellen Anführer des Autonomen Gebietes. Ein Beamter der Bildungsabteilung beschuldigte Mahmadbokirow in einem Fernsehbericht, dieser habe ihn im Verwaltungsgebäude geschlagen und aufgefordert Chorog sofort zu verlassen.
3.2.2022	Das geistliche Oberhaupt der Nizari-Ismailit:innen, Karim Aga Khan IV., fordert die Bewohner:innen von VMKB auf, sich an die Gesetze vor Ort zu halten.
4.2.2022	Angehörige der Mutter des Bloggers Scherzod behaupten, dieser sei nach einer polizeilichen Vorladung in Wahdat (RRS) verschwunden. Ihr Sohn Scherzod wohnt in Deutschland und ist Kritiker der staatlichen Religionspolitik, insbesondere im Hinblick auf Hidschab-Verbote.
4.2.2022	Präsident Rachmon nimmt in Beijing an der Eröffnungszereemonie der Olympischen Winterspiele 2022 teil. Am Folgetag führt Rachmon bilaterale Gespräche mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping.

Turkmenistan

9.12.2021	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow empfängt den Gouverneur des russischen Gebietes Astrachan, Igor Babuschkin, in Aschgabat zu Gesprächen, u. a. über die mögliche Etablierung einer Fährverbindung zwischen den Hafenstädten Turkmenbaschi (Gebiet Balkan) und Olja (Russische Föderation).
10.12.2021	Präsident Berdymuchammedow weist die Ministerien für Landwirtschaft sowie Textilindustrie und den staatlichen Gaskonzern Turkmengaz an, humanitäre Güter nach Afghanistan zu entsenden.
10.12.2021	Im Vorfeld der Neutralitätskonferenz am 11.12.2021 empfängt Außenminister Raschid Meredow die EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Terhi Hakala, zu Gesprächen. Laut Meredow wolle Turkmenistan die politisch-diplomatische, handelswirtschaftliche und kulturell-humanitäre Partnerschaft ausbauen.
11.12.2021	Anlässlich des internationalen Neutralitätstages am 12.12.2021 amnestiert Präsident Berdymuchammedow 338 verurteilte Strafgefangene.
16.12.2021	Über 300 Abgeordnete des Europäischen Parlamentes fordern ein Verbot für den Import von chinesischen und turkmenischen Produkten, die nachweislich unter sklavenähnlichen Bedingungen hergestellt wurden.
16.12.2021	Der OPEC-Fonds gewährt Turkmenistan ein Darlehen in Höhe von 45 Mio. US-Dollar zum Bau von drei Schiffen für die nationale Handelsmarine.
19.12.2021	Am Rande des Zentralasien-Indien-Dialoges in Neu-Delhi führt Außenminister Meredow bilaterale Gespräche mit seinem indischen Amtskollegen Subrahmanyam Jaishankar, u. a. über die geplante Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Gaspipeline (TAPI).
20.12.2021	Außenminister Meredow wird in Islamabad vom pakistanischen Präsidenten Arif Alvi zu Gesprächen, u. a. über die Intensivierung gemeinsamer Maßnahmen zum Bau der TAPI und der Stromtrasse Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan (TAP), empfangen. Laut Alvi ist Pakistan an einer schnellen Umsetzung des TAPI-Projektes interessiert.
30.12.2021	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL mit Verweis auf eine interne Quelle im Staatlichen Migrationsdienst können Eltern minderjähriger Kinder und Bürger:innen mit vorbestraften Verwandten bis zur dritten Generation ab 2022 nicht mehr ins Ausland reisen.
3.1.2022	Laut TOLONews ist es am Vortag an der turkmenisch-afghanischen Grenze in der afghanischen Provinz Dschuzdschan zu einem Gefecht zwischen turkmenischen Grenzsoldaten und Taliban-Kämpfern gekommen. Laut der »Informationsbehörde« von Dschuzdschan gab es auf afghanischer Seite keine Verluste.
5.1.2022	Ein Sprecher des »Außenministeriums« der Taliban dementiert Meldungen über ein Gefecht zwischen turkmenischen Grenzsoldaten und Taliban-Kämpfern in der afghanischen Provinz Dschuzdschan am 3.1.2022. Demnach gäbe es »keine Probleme« mit Turkmenistan.
8.1.2022	Präsident Berdymuchammedow ordnet die Löschung des Kraters von Derweze (Gebiet Ahal) an, in dem seit 1971 unterirdisch austretendes Methangas verbrannt wird. Laut Berdymuchammedow diene der Schritt dem Schutz der Umwelt und der Gesundheit von Anwohner:innen.
11.1.2022	Während einer Sitzung der Außenminister der Organisation der Turkstaaten gibt Außenminister Meredow das turkmenische Interesse an einer möglichst baldigen Normalisierung der Situation in Kasachstan bekannt. Turkmenistan sei bereit Kasachstan mit Strom und Gas zu beliefern.
12.1.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL wurde die staatliche Überwachung der Bürger:innen in den letzten Tagen verstärkt. U. a. würden Polizisten wahllos Handys von Passanten kontrollieren und Personen mit Verwandten im Ausland ohne Ankündigung zuhause besuchen.
12.1.2022	Nach eigenen Angaben hat Präsident Berdymuchammedow das Nationale Sicherheitsministerium angewiesen, soziale Netzwerke noch stärker auf »für die turkmenische Verfassungsordnung schädliche Inhalte, Aktionen zur Störung der sozialen Ordnung, Propagierung von Terrorismus, Extremismus, Ultranationalismus und andere illegale Aktionen« zu kontrollieren.
15.1.2022	Außenminister Meredow empfängt seinen afghanischen »Amtskollegen« des Taliban-Regimes, Amir Khan Muttaqi, in Aschgabat zu Gesprächen über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen, u. a. im Bereich regionale Sicherheit und den Projekten TAPI und TAP.
16.1.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL wurde in Aschgabat und den Gebieten Balkan, Lebap und Mary erneut ein Lockdown eingeführt. Märkte, Einkaufszentren, Theater, Konzerthallen, Restaurants, Friseursalons und andere Geschäfte außer Lebensmittelläden wurden demnach geschlossen. Die Straßen zwischen den Gebieten Mary und Lebap wurden demnach gesperrt. Offiziell ist Turkmenistan weiterhin frei von Covid-19.
17.1.2022	Der stellvertretende Ministerkabinettsvorsitzende und Präsidentensohn Serdar Berdymuchammedow wird in Taschkent vom usbekischen Präsidenten Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen, u. a. über Möglichkeiten zur Steigerung des gemeinsamen Handelsvolumens, empfangen.

25.1.2022	Präsident Berdymuchammedow nimmt am Online-Gipfeltreffen »Zentralasien-China« teil, zu dem der chinesische Präsident Xi Jinping anlässlich von 30 Jahren diplomatischer Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik und den zentralasiatischen Staaten eingeladen hat.
27.1.2022	Präsident Berdymuchammedow nimmt am ersten Online-Gipfeltreffen »Indien-Zentralasien« teil, wobei u. a. die Lage in Afghanistan im Zentrum der Gespräche steht. Die fünf zentralasiatischen Staatsoberhäupter und der indische Premierminister Narendra Modi einigen sich auf die Einrichtung von zwei gemeinsamen Arbeitsgruppen, eine zur Bereitstellung von humanitärer Hilfe für Afghanistan, die andere zur Entwicklung des iranischen Hafens Tschabahar.
27.1.2022	Laut Turkmen.news wurde das Tragen von schwarzen medizinischen Masken in Aschgabat verboten. Zuwiderhandlungen werden demnach mit einer Geldstrafe in Höhe von 50 Manat (ca. 14 US-Dollar) geahndet.
1.2.2022	Der stellvertretende Außenminister Wepa Hadschijew führt in Islamabad Gespräche mit dem pakistanischen Energieminister Hammad Azhar über eine mögliche Beschleunigung des Baus der TAPI. Laut Azhar müsse das Projekt aufgrund des wachsenden Erdgasbedarfs Pakistans so schnell wie möglich abgeschlossen werden.
1.2.2022	Laut Chronika Turkmenistana haben turkmenische Strafverfolgungsbehörden bei großflächigen Razzien in mehreren Dörfern nahe Aschgabat ca. 30 Personen festgenommen. Laut einer internen Quelle zielen die Razzien auf den grenzüberschreitenden Drogenschmuggel zwischen Turkmenistan und Iran.
2.2.2022	In einem Interview mit der Presseattaché der chinesischen Botschaft äußert Präsident Berdymuchammedow, dass Turkmenistan die Volksrepublik in der Ein-China-Politik und in Fragen der territorialen Integrität unterstütze und damit auch eine »friedliche Vereinigung Chinas« befürworte.
4.2.2022	Präsident Berdymuchammedow nimmt in Beijing an der Eröffnungszeremonie der Olympischen Winterspiele 2022 teil. Am Folgetag führt Berdymuchammedow bilaterale Gespräche mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping.

Usbekistan

9.12.2021	Human Rights Watch (HRW) fordert die usbekischen Behörden auf, den Blogger Fossilchodscha Arifchodschajew, der seit Juni u. a. wegen des Verdachtes auf »Rowdytum« nach der verbalen Auseinandersetzung mit einem regierungstreuen Blogger in Untersuchungshaft ist, unverzüglich freizulassen. Laut Forum 18 sei Arifchodschajew in der Haft Folter ausgesetzt.
10.12.2021	Ein neues Gesetz tritt in Kraft, das Betroffenen von Belästigung und häuslicher Gewalt kostenlose Untersuchung, Behandlung und Beratung garantiert.
10.12.2021	Präsident Schawkat Mirsijojew weist die Antikorruptionsbehörde an, Nichtregierungsorganisationen, welche sich für die Erhöhung der Transparenz staatlicher Stellen einsetzen, zu unterstützen.
10.12.2021	In Samarkand eröffnet ein neuer internationaler Flughafen, der mit potenziell zwei Millionen Passagieren pro Jahr die mehr als vierfache Abfertigungskapazität des Vorherigen aufweist.
13.12.2021	Außenminister Abdulasis Kamilow empfängt den US-amerikanischen Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, Donald Lu, in Taschkent zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit und den Stand der strategischen Partnerschaft. Laut Lu unterstützen die USA das Programm der demokratischen Reformen in Usbekistan und würdigen die Bemühungen der usbekischen Regierung, die afghanische Bevölkerung zu unterstützen.
13.12.2021	Die indische Exim Bank stellt Usbekistan für Projekte in den Bereichen Bildung und Infrastruktur Zuschüsse in Höhe von insgesamt 448 Mio. US-Dollar bereit.
16.12.2021	Die Korea Eximbank stellt Usbekistan für Projekte im Bereich Gesundheit Zuschüsse in Höhe von insgesamt 238,8 Mio. US-Dollar bereit.
17.12.2021	Präsident Mirsijojew und sein südkoreanischer Amtskollege Moon Jae-in einigen sich bei bilateralen Gesprächen in Seoul auf eine Vertiefung der strategischen Partnerschaft.
17.12.2021	Eine neues Verfassungsgesetz tritt in Kraft, das dem Präsidenten in bestimmten, u. a. die staatliche Sicherheit oder die Verfassungsordnung bedrohenden Situationen die Verhängung eines maximal 30-tägigen landesweiten Ausnahmezustandes ermöglicht.
20.12.2021	Am Rande der 17. außerordentlichen Sitzung der Organisation für Islamische Zusammenarbeit zur Situation in Afghanistan in Islamabad einigen sich Verkehrsminister Ilchom Machkamow und der »Außenminister« der Taliban, Amir Khan Muttaqi, auf den Beginn des Baus der transafghanischen Eisenbahn im Frühjahr 2022. Die Strecke soll Termez in Usbekistan via Kabul mit Peschawar in Pakistan verbinden.
3.1.2022	Laut Da Afghanistan Breshna Sherkat wurde sich mit der usbekischen Regierung darauf geeinigt, dass Afghanistan im Jahr 2022 zwei Mrd. Kilowattstunden Strom von Usbekistan beziehen wird.
6.1.2022	Um die saisonal bedingte hohe einheimische Nachfrage zu decken, wurde der Erdgasexport laut Energieministerium vorübergehend vollkommen eingestellt.
6.1.2022	Laut dem Präsidialpressedienst unterstützt Usbekistan »die Führung Kasachstans in ihrem Wunsch nach Gewährleistung von Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Kasachstan.«
10.1.2022	Auf einer außerordentlichen Online-Sitzung des kollektiven Sicherheitsrates der CSTO äußert der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenko, Usbekistan solle »aus den Ereignissen in Kasachstan eine Lehre ziehen«.
13.1.2022	Während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates erklärt Präsident Mirsijojew die Äußerungen des belarussischen Präsidenten Lukaschenko vom 10.1.2022 für unbegründet.
14.1.2022	Auf Anordnung von Präsident Mirsijojew wird die Samarkand State University nach Scharaf Raschidow benannt. Raschidow war zwischen 1959 und 1983 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Usbekischen SSR.
17.1.2022	Präsident Mirsijojew empfängt den stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden Turkmenistans und Sohn des turkmenischen Präsidenten Gurbanguly Berdymuchammedow, Serdar Berdymuchammedow, in Taschkent zu Gesprächen, u. a. über Möglichkeiten zur Steigerung des gemeinsamen Handelsvolumens.
18.1.2022	Laut Verteidigungsministerium hat Usbekistan mit dem Bau von Mehrzweckdrohnen begonnen.
21.1.2022	Ein Gericht in Taschkent verurteilt den Blogger Mirasis Basarow wegen »Verleumdung im Internet« zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren. Basarow hat sich im Internet wiederholt regierungskritisch geäußert und u. a. für LGBT-Rechte eingesetzt. Im März 2021 wurde Basarow in seinem Haus von drei unbekannt Personen angegriffen und so schwer verletzt, dass er ins Krankenhaus musste. Nach seiner Entlassung aus der Klinik wurde er wegen eines TikTok-Videos aus dem Jahr 2021 angeklagt.
21.1.2022	Wegen erneut steigender Covid-19-Fallzahlen werden Schulen und Lyzeen sowie höhere und berufliche Bildungseinrichtungen ab dem 24.1.2022 für einen Monat auf Fernunterricht umstellen.

25.1.2022	In Taschkent und den Gebieten Fergana, Syrdarja, Jizzach, Samarkand, Nawoi und Kaschkadarja kommt es nach der außerplanmäßigen Unterbrechung einer Hauptstromleitung in Kasachstan zu massiven Stromausfällen. Alle Flughäfen des Landes stellen kurzfristig ihren Betrieb ein. Laut Energieministerium wurde das usbekische Netz kurzfristig vom integrierten Netz mit den anderen zentralasiatischen Staaten getrennt, um einzelne Kraftwerke wieder separat hochfahren zu können.
25.1.2022	Zur Untersuchung der massiven Stromausfälle setzt Premierminister Abdulla Aripow eine eigene Regierungskommission ein.
25.1.2022	Präsident Mirsijojew nimmt am Online-Gipfeltreffen »Zentralasien-China« teil, zu dem der chinesische Präsident Xi Jinping anlässlich von 30 Jahren diplomatischer Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik und den zentralasiatischen Staaten eingeladen hat.
26.1.2022	Die Regierung gibt zum ersten Mal Staatsanleihen im Gesamtwert von umgerechnet 926.000 US-Dollar aus.
26.1.2022	Ein Gericht in Taschkent verurteilt den Blogger Arifchodschajew wegen »Herstellung und Verbreitung von die öffentliche Ordnung gefährdenden Materialien« zu sechseinhalb Jahren Freiheitsentzug.
26.1.2022	Präsident Mirsijojew stellt die Entwicklungsstrategie für den Zeitraum 2022 – 2026 vor, die u. a. die stärkere Eindämmung der Korruption, die Ausweitung der Kompetenzen lokaler Nachbarschaftsgemeinden (Mahallas) sowie die Verdopplung der Einkommen vorsieht.
27.1.2022	Präsident Mirsijojew nimmt am ersten Online-Gipfeltreffen »Indien-Zentralasien« teil, wobei u. a. die Lage in Afghanistan im Zentrum der Gespräche steht. Die fünf zentralasiatischen Staatsoberhäupter und der indische Premierminister Narendra Modi einigen sich auf die Einrichtung von zwei gemeinsamen Arbeitsgruppen, eine zur Bereitstellung von humanitärer Hilfe für Afghanistan, die andere zur Entwicklung des iranischen Hafens Tschababar.
27.1.2022	Laut Energieministerium wurde die Stromversorgung landesweit wiederhergestellt.
27.1.2022	Laut Staatssicherheitsdienst wurden in Taschkent 30 mutmaßliche Mitglieder der Terrororganisation Katibat al Tawhid wal Jihad festgenommen.
30.1.2022	Laut Präsident Mirsijojew soll bis 2026 ein vereinheitlichtes Ringenergiesystem im Land entstehen.
31.1.2022	Laut Fergana Agency führt Taschkent den Human Dignity Index ein, der in den Mahallas den Lebensstandard, den Grad der Bildung und Alphabetisierung sowie die durchschnittliche Lebensdauer erfassen soll.
3.2.2022	Laut dem Investitions- und Außenhandelsministerium wird die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) Usbekistan zwischen 2022 und 2024 bei der Umsetzung von 27 Projekten im Gesamtwert von 2,8 Mrd. US-Dollar, u. a. in den Bereichen Infrastruktur und erneuerbare Energien, unterstützen.
4.2.2022	Präsident Mirsijojew nimmt in Beijing an der Eröffnungszeremonie der Olympischen Winterspiele 2022 teil. Am Folgetag führt Mirsijojew bilaterale Gespräche mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping, wobei sich beide auf eine Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit einigen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsori und Richard Schmidt
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2022 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
e-mail: rostam.onsori@zois-berlin.de, richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>